Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 625.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 60. Montag, den 12. März 1917. 24. Jahrg.

Hinaus aufs Land!

Von Eduard David, M. d. R.

Der Kriegswinter 1916/17 naht seinem Ende. Noch niemals wohl hat sich die Bevölkerung unserer Großstädte so sehr nach der Wiederkehr der milderen Jahreszeit gesehnt, und wenn erst Frühling und Sommer ins Land ziehen, wird das Verlangen, die Mauern der Stadt für einige Zeit zu verlassen, um sich in der freien Natur zu erholen, die Herzen stärker noch als sonst bewegen. Nur wenige werden ihre Sehnsucht erfüllen können; die meisten hält der Zwang des Berufes, die harte Pflicht der Arbeit, in der Stadt zurück.

Aber für die großstädtische Kinderwelt sollte wenigstens diesmal ein längerer Aufenthalt auf dem Lande zur allgemeinen Regel werden. Sie hat noch mehr als die erwachsene Bevölkerung unter den Entbehrungen und Härten des Winters gelitten. Es ist ein Gebot der Volksgesundheitspflege, daß die Hunderttausende geschwächter junger Menschenkinder eine gründliche Auffrischung und Kräftigung erfahren. Draußen gibt es auch noch zurückgehaltene Nahrungsvorräte, das ist ein offenes Geheimnis. Wenn es nicht gelingen will, die überflüssigen Nahrungsmittel zu der städtischen Bevölkerung hereinzubringen, dann muß es gelingen, einen Teil der städtischen Bevölkerung hinaus zu den ländlichen Vorräten zu bringen.

Der Gedanke, die städtische schulpflichtige Jugend für die Sommermonate aufs Land zu überführen, ist neuerdings von verschiedenen Seiten angeregt worden. Dabei ist auch darauf hingewiesen worden, daß auf diesem Wege dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften teilweise abgeholfen werden könnte. Dieser Gesichtspunkt darf aber unter keinen Umständen zum Hauptzweck des ganzen Unternehmens gemacht werden, sonst entsteht die Gefahr, der Gesundheit unserer städtischen Kinderwelt mehr zu schaden als zu nützen.

Gewiß liegt es im Interesse der Gesamtheit, daß die landwirtschaftliche Produktivität nicht an Mangel an Arbeitskräften leidet. Der vorhandene Boden muß in diesem Jahre bis zum letzten Quadratmeter bebaut und es muß alles versucht werden, ihm durch gute Bearbeitung so viel abzunehmen, als überhaupt möglich ist. Zugegeben ist auch, daß es in der Landwirtschaft eine Fülle von Arbeiten gibt, die von Kindern ohne Schaden für ihre Gesundheit besorgt werden kann, und von den meisten mit Freuden besorgt werden würde. Man denke nur an die mannigfachen Arbeiten im Garten, namentlich an die dauernde Bekämpfung des Unkrauts, die so überaus wichtig für das Gedeihen der Kulturen ist. Auch die leichteren Hilfsarbeiten auf Acker und Wiese können von flinken, fleißigen Kinderhänden geleistet werden. So das Kartoffellegen im Frühjahr, das Absuchen der Aecker und Wiesen von Steinen, das Rupfen von Unkräutern, Ablesen von Raupen, die Hilfsarbeiten beim Heumachen, beim Einernten des Getreides, der Kartoffeln, der Gemüse. Die Obsternte von den Kirschen bis zu den Aepfeln nicht zu vergessen. Mehr noch als Acker und Wiese bildet die Nutznießung des Waldes Gelegenheit für mannigfache Beschäftigung fröhlicher Kinderscharen. Das Sammeln des jungen Laubes als Viehfutter, Suchen von Kräutern, Pilzen, Eicheln, Eckern und Beeren aller Art kommen hier in Betracht.

Zweifellos wäre eine solche Beschäftigung der Gesundheit der städtischen Kinderwelt überaus zuträglich. Aber eine Voraussetzung müßte unbedingt dabei erfüllt sein. Es müßte die Sicherheit geschaffen sein, daß dem kindlichen Organismus nur die Art und das Maß von Arbeit zugemutet würde, die ihm zuträglich ist. Jeder Möglichkeit, die kindliche Arbeitskraft ohne Rücksicht auf Gesundheit und Gedeihen der Kinder auszubeuten, müßte ein Riegel vorgeschoben sein.

So sehr die Sozialdemokratie die Kinderarbeit aus Gewinnsucht oder Erwerbsnotwendigkeit bekämpft, so wenig verwirft sie die physische Kinderarbeit im Prinzip. Im Gegenteil, die Begründer der sozialistischen Ideenwelt haben die frühzeitige Heranziehung des jungen Geschlechts zu produktiver Arbeit aus gesellschaftlichen und erzieherischen Gründen verlangt. Fourier setzte den Beginn der planmäßigen Erziehung zur körperlichen Arbeit bereits in das vierte bis fünfte Lebensjahr. Nach Robert Owens Erziehungsplan wurde im 8. Lebensjahr mit der Unterweisung in körperlicher Arbeit angefangen, und mit dem 13. Lebensjahre begann die ernsthaftere Teilnahme an den produktiven Arbeiten im Fabriksaal wie auf dem Felde.

Karl Marx, der die Ausbeutung von kindlichen Arbeits- und Lebenskräften durch die englische Textilindustrie schärfer als einer geißelte, trat dessen ungeachtet für die frühe Erziehung der Kinder zur Handarbeit ein. Er lobt die guten Erfolge der Halbtagsschule in den Fabrikorten, bei der die Kinder nur die halbe Zeit mit geistiger und die übrige mit physischer Arbeit beschäftigt würden und zitiert mit Beifall den Satz eines englischen Fabrikinspektors: „Ein Junge, der von morgens früh in der Schule sitzt und nun gar bei heißem Wetter, kann unmöglich mit einem andern wetteifern, der munter und aufgeweckt von einer Arbeit kommt". Marx kommt zu dem Schluß: „Aus dem Fabriksystem, wie man im Detail bei Robert Owens verfolgen kann, entsproß der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode, zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen."

Wenn die Sozialdemokratie trotzdem das Verbot der Kinderarbeit in ihr Programm aufnahm, so geschah es in der Ueberzeugung, daß in der Regel die Arbeitsbedingungen innerhalb der kapitalistischen Unternehmung nicht so sind, daß man ihr kindliche Arbeitskräfte überlassen darf. Dem Mißbrauch kindlicher Arbeitskräfte in dem Staub und Lärm der Fabriken wird niemand, der es gut meint mit dem heranwachsenden Geschlecht und mit der Volksgesundheit überhaupt das Wort reden dürfen. Für die Arbeit in der Landwirtschaft liegt die Sache zwar insofern günstiger, als die Bewegung in frischer Luft ist. Aber die Abrackerung kindlicher Arbeitskräfte auf den Rübenplantagen und Kartoffelfeldern großagrarischer Unternehmer bleibt doch eine so bedenkliche Sache, daß jeder Versuch, sie unter dem Druck der Kriegsnot auszudehnen, unterbleiben sollte.

Viel bessere Bedingungen werden der kindlichen Arbeitskraft in der kleinen bäuerlichen Wirtschaft gewährt. Schon wegen der größeren Abwechselung entsprechen die Arbeiten des kleineren Betriebes sehr viel mehr der Natur des kindlichen Organismus. So kommt denn auch Karl Kautsky in seiner „Agrarfrage" zu dem Schluß, daß die Mitarbeit des Kindes im elterlichen Landwirtschaftsbetrieb nicht nur eine natürliche, sondern auch eine für die Erziehung des Kindes gute Sache sei. „Auf dem Lande," sagt er, „ist jede Haushaltung heute mit einem landwirtschaftlichen Betrieb verbunden. Auch der Lohnarbeiter treibt dort Landwirtschaft für sich, wenn er eine eigene Familie hat. Die Kinder sind da keineswegs auf die Lohnarbeit bei Fremden angewiesen, um sich wirksam zu betätigen. Das Verbot der Lohnarbeit der Kinder bedeutet unter diesen Umständen wirklich nur das Verbot, sie kapitalistisch auszubeuten."

Wenn die Kinderarbeit in Garten, Acker, Wald und Wiese unter Verhältnissen stattfindet, die der Gesundheit und Entwickelung des Kindes nicht schadet, so haben wir also nichts gegen sie einzuwenden. Die städtische Kinderwelt selbst würde einen solchen Wechsel ihrer Beschäftigung gewiß mit Freuden begrüßen. Die Frage ist nur, wie kann das geschehen, ohne sie der Gefahr des Mißbrauches ihrer Arbeitskraft durch gewissenlose agrarische Unternehmer auszusetzen.

Da scheint uns zunächst ein Weg offen zu stehen, der nicht für alle, aber gewiß für zahlreiche Stadtkinder gangbar ist. Viele Tausende von städtischen Familien haben noch Verwandte draußen auf dem Lande. In zahlreichen Fällen sind die letzteren bereit, sie aufzunehmen und ihnen mit den eigenen Kindern Gelegenheit zur Mitbeschäftigung in Haus und Hof, Garten- und Feldwirtschaft zu geben. Das einzige Hindernis, das dem heute im Wege steht, ist die städtische Schulpflicht. Dieses Hindernis wäre leicht dadurch zu beseitigen, daß allen Kindern, denen dieser Weg aufs Land offen steht, Schulurlaub in der Stadt erteilt wird und ihre Einschulung in die betreffende Landgemeinde für einige Monate stattfindet.

Des weiteren werden sich zweifellos auch Tausende von ländlichen und bäuerlichen Familien bereit finden, freiwillig eins oder mehrere Kinder bei sich aufzunehmen nicht aus Erwerbszwecken, sondern in der guten Absicht, den bleichen Stadtkindern Gelegenheit zur Kräftigung zu geben. Die Bauern sind ja nicht alle nur gewinnsüchtige Geschäftemacher. Auch diese Kinder müßten natürlich auf dem Lande eingeschult und damit in ihrer ganzen Existenz der Kontrolle der Schule und der Oeffentlichkeit unterstellt werden. Unter anderem wäre eine regelmäßige Feststellung der Gewichtszunahme durchzuführen.

Der dieser Tage erschienene Erlaß des preußischen Ministers des Innern will die ganze Frage auf dem Wege der freiwilligen Aufnahme der Kinder in ländliche Familien lösen. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob die Bereitwilligkeit der Landbevölkerung so weit gehen wird. Will man möglichst allen Kindern die Wohltat eines längeren Landaufenthalts verschaffen, dann bleibt als weiterer Weg die Ausdehnung des Ferienkolonienwesens. Die nicht einzeln in Familien untergebrachten Kinder könnten in die benachbarten Landgebiete truppweise übergesiedelt werden. Voraussetzung dabei wäre, daß die städtischen Lehrer und Lehrerinnen als verantwortliche Führer und Beschützer mit hinausziehen. Die Unterbringung in den Gemeinden kann keine unüberwindlichen Schwierigkeiten machen. Ueberall stehen Betten leer und zur Not lassen sich Massenquartiere in Sälen und Gemeindehäusern einrichten. Auch die Verpflegung läßt sich durch Verteilung auf Einzelwirtschaften oder durch Gemeinschaftsküchen je nach den Verhältnissen ordnen. Schulräume, Rathaussäle usw. ermöglichen die Fortführung des notwendigsten Unterrichts. Ein Teil desselben könnte im Freien gegeben werden. Insonderheit würde die Erweiterung der naturwissenschaftlichen Kenntnisse bei dieser Gelegenheit betrieben werden können.

Die Frage, wieweit diese Kindergruppen nützliche landwirtschaftliche Arbeiten leisten könnten, läßt sich auch in dieser Form lösen. Fast überall gibt es ungenützte oder schlechtgenützte Grundstücke, die unter Führung der Lehrer, oder anderer sachverständiger Männer und Frauen gartenmäßig bebaut werden könnten. Auch in den vorhandenen Landgärten selbst könnten sich die Kinder gruppenweise betätigen. Die Wälder wären ein weiteres ergiebiges Feld für die Suche- und Sammeltätigkeit der Kinderscharen. Auf den Aeckern aber könnten sie sich im Kampfe mit dem Unkraut und Ungeziefer unter Führung ihrer Lehrer außerordentlich nützlich machen.

Auf diese Weise scheint es uns wohl möglich, den Gedanken einer organisierten Mitarbeit der städtischen Kinderwelt an der großen Ernährungsaufgabe zu verwirklichen. Oberster Gesichtspunkt aber müßte sein: die Kräftigung der Gesundheit, die Förderung des leiblichen und geistigen Wohlergehens der städtischen Jugend. Das ist das Wichtigste! Bei der Durchführung der ganzen Sache in Stadt und Land müßten darum auch die Arbeiterorganisationen ein Wort mitzusprechen haben. Namentlich wäre die gewerkschaftlich organisierte Frauenwelt zu dieser Mitkontrolle heranzuziehen. Dann könnte der Ruf: Hinaus auf's Land! ein Jubelruf für unsere luft- und lichthungrige Kinderwelt werden.

Vom Tage.

Aus dem Wust von Meldungen, die heute aus Amerika vorliegen, ist hervorzuheben, daß Wilson eine außerordentliche Sitzung des Kongresses auf den 8. April einberufen hat. Da den Kriegshetzern dieser Termin als zu weitliegend erscheinen könnte, ist Wilson ihnen insofern entgegen gekommen, als er das Marineministerium angewiesen hat, die Fahrzeuge bewaffnen zu lassen. Das ganze Ministerium hat ihn hierin angeblich unterstützt. Die Regierung soll verfügt haben, daß bewaffnete Schiffe Reisen nach allen Häfen der Welt unternehmen sollen, ohne sich um das deutsche Sperrgebiet oder andere Hindernisse zu kümmern, die gegen die Handelsfreiheit der Unionstaaten verstoßen. — Tritt insbesondere die letztere Meldung zu, dann dürfte die Kriegserklärung nur noch eine Frage der Zeit sein.

Die Ententeherrschaften überlegen sich schon hin und her, wie sie sich die amerikanische Hilfe zunutze machen können. In einer Rede sagte Lord Northcliffe: „Wenn es zum Kriege zwischen Amerika und Deutschland käme, so wäre es wünschenswert, wenn die Amerikaner einen bestimmten Teil der Kriegführung übernehmen, beispielsweise die Befreiung von Belgien." Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" bemerkt dazu: „Das ist eine sonderbare Aeußerung von Lord Northcliff. Gerade um Belgien zu befreien und aus keinem anderen Grunde, erklärte England Deutschland den Krieg und jetzt sollen es die Amerikaner tun."

Inzwischen arbeiten die Engländer in Amerika mit Hochdruck. Wie aus Rotterdam gemeldet wird, hat Lord Northcliffes Zeitungstrust mit acht größeren Zeitungen in den Vereinigten Staaten ein Interessenverhältnis abgeschlossen, welches bei der englischen und amerikanischen Regierung Entgegenkommen findet. Unter dem Protektorate Morgans hat sich ein politischer Klub gebildet, der die von diesem Teile der englisch-amerikanischen Presse vertretene Politik in allen Staaten Amerikas verbreiten will.

*

Nach einer Havas-Meldung hat der frühere Landwirtschaftsminister David am 9. März zum Schluß einer Ernährungsdebatte, in der die Regierung scharf kritisiert wurde, eine Tagesordnung eingebracht, die die Regierung ablehnte. Für diese Tagesordnung wurden 178, gegen sie 256 Stimmen abgegeben. Bei der folgenden Abstimmung über das Vertrauensvotum enthielt sich die Minderheit der Abstimmung und machte das Haus damit beschlußunfähig. Zur zweiten Abstimmung wurden dann in Eile weitere Regierungsanhänger zur Stelle gebracht, so daß 296 Stimmen für die Regierung abgegeben wurden. Die Kammer, die 562 Abgeordnete hat, war damit wieder beschlußfähig. Ein Regierungsgegner stimmte gegen das Vertrauensvotum, die anderen enthielten sich weiter.

Durch diese Abstimmung ist Briands Stellung auch nicht besser geworden; wie in einer Note betont wird, hat das Kabinett beschlossen, seine endgültige Entscheidung von einer neuen, die gesamte Regierungspolitik umfassenden Kammerdebatte abhängig zu machen.

*

Die allgemeine Mißstimmung in Italien entlud sich am Freitag während der Kammersitzung in Rom durch Angriffe schärfster Natur gegen die Regierung. Der sozialistische Abgeordnete Dugoni ging mit der Regierung wegen ihrer verfehlten Wirtschafts-

Politik ins Gericht und erklärte unter dem großen Beifall seiner Partei: Was nützen uns die Versicherungen des Ministers, daß 8 Millionen Doppelzentner Getreide im Auslande gekauft und auch schon bezahlt sind? Das Getreide müßte längst im Lande sein, denn jetzt machen die deutschen Unterseeboote die Ankunft der bezahlten Ware sehr problematisch. Außerdem geißelte Dugoni die italienischen Kriegswucherer und enthüllte ebenso wie der Abg. Crespi weitere Machenschaften dieser Blutsauger. Der Abg. sagte, daß die kapitalistische Spekulation auf den Krieg hin derartige Orgien gefeiert habe, daß sie nach der früheren Meinung der Ex-Sozialisten Bissolati, Bonomi und anderer die soziale Revolution und die Auflösung des herrschenden Regierungssystems hätten herbeiführen müssen. Dugoni schloß, das Volk sei der Verzweiflung nahe; es verlange entschieden den Frieden.

*

Auf Lloyd George und Henderson ist vor einiger Zeit angeblich ein Mordversuch geplant worden. Am Sonnabend wurde das Urteil gegen die angeblichen Täter gefällt; Frau Wheeldon erhielt 10 Jahre, Alfred Mason sieben, Winie Mason fünf Jahre Zuchthaus und Harriet Wheeldon wurde freigesprochen. Die beiden jüngsten Verurteilten empfohlen die Geschworenen der Gnade des Königs. Der Verteidiger geißelte die Art und Weise, auf welche die gerichtliche Verfolgung der Angeklagten stattgefunden hätte, die er eine Schande für England nannte. Er verurteilte in scharfen Worten die Anwendung der englischen Geheimpolizei. — Das Urteil ist geradezu barbarisch!

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Berlin, 11. März, abends. (Amtlich.)

An der Ancre, zwischen Avre und Oise, in der Champagne und beiderseits der Maas war die Feuertätigkeit lebhaft.

Aus dem Osten ist nichts Besonderes gemeldet.

*

WTB. Großes Hauptquartier, 11. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Vorfeld unserer neuen Ancre-Front kam es gestern zu lebhaftem Artilleriekampf und bei Irles zu Infanteriegefechten, nach denen die Nachhut-Abteilungen befehlsgemäß auf die Hauptstellung auswichen.

Zwischen Avre und Oise blieben nach heftigem Feuer einsetzende französische Vorstöße erfolglos.

In der Champagne erneuerten die Franzosen abends ihre Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Südhang der Höhe 185 und beiderseits der Champagne-Fe. Sie sind trotz Einsatzes starker Kräfte und erheblicher Munition blutig abgewiesen worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In räumlich beschränkten Abschnitten lebte zeitweilig die Gefechtstätigkeit auf.

An der

Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Wien, 10. März. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei dem vorgestrigen Angriff auf die Höhe Magyaros wurden 13 Offiziere und 991 Mann gefangen genommen. Die Beute beträgt 17 Maschinengewehre, 5 Minenwerfer, einen Granatwerfer und viel Munition und Kriegsgerät. Versuche des Gegners, die Borlerano-Stellung zurückzugewinnen, scheiterten in [illegible] Sperrfeuer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Geschützkämpfe und Fliegertätigkeit waren im allgemeinen wieder lebhafter. Bei Görz wurde ein Caproni, der nächst San Andrea niederging, von unserer Artillerie zerschossen. Auf der Cima Di Bocche (südlich des San Pellegrino) drangen Abteilungen des Infanterie-Regiments Nr. 74 durch Schneetunnel in die feindlichen Stellungen ein und machten einen Offizier und [illegible] Mann zu Gefangenen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Dorat Geplänkel. Sonst unverändert.

*

Wien, 11. März. (Amtlich.)

Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die lebhaftere Artillerie- und Fliegertätigkeit hielt namentlich in einzelnen Abschnitten an der küstenländischen Front auch gestern an.

In der vergangenen Nacht bewarfen italienische Flieger die Stadt Triest, Muggia, Isola und Pirano mit Bomben.

Frankreich und Belgien.

Die Somme-Kämpfe.

Nach Pariser Blättern hört man dort bei klarem Wetter in der Stille der Nacht das Bombardement an der Somme-Front bis in das innere Stadtgebiet.

*

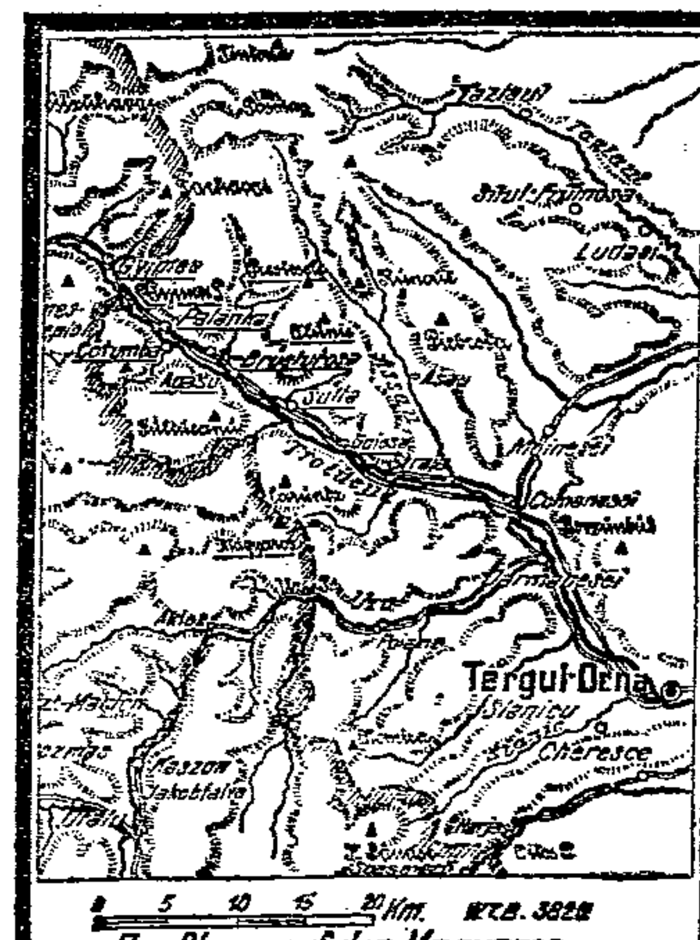
Deutsche U-Boote an der französischen Kanalküste.

Das „Petit Journal" berichtet aus Cherbourg: Kürzlich wurde verschiedentlich die Anwesenheit deutscher U-Boote an der französischen Kanalküste, namentlich in der Nähe der Reede St. Vaast-La Hougue gemeldet. Man bedauert in den dortigen Küstengebieten, daß die Küstenverteidigungsanlagen vor einigen Jahren geschleift und die Geschütze fortgeschafft worden, da hierdurch die Möglichkeit eines deutschen Angriffs gegen die Nordküste Frankreichs bedeutend erhöht wird. Seit einigen Tagen wurde deshalb die Küstenbewachung sehr verschärft.

*

Schwere feindliche Fliegerverluste.

Bei wechselnder, meist mäßiger Sicht war am Freitag die feindliche Fliegertätigkeit wieder in der Gegend über Arras besonders lebhaft. Unter Einsatz starker Kräfte versuchte der Gegner Einblick in die Verhältnisse hinter unserer Front zu gewinnen. Der Versuch bekam ihm übel. Aus dem englischen Jagdgeschwader, das in Stärke von sieben Vickers-Einsitzern nördlich Arras durchbrach, wurden von unseren Kampffliegern in der Gegend südlich Arras nicht weniger als vier Flugzeuge heruntergeholt. Die Insassen von dreien, sämtlich englische Offiziere, wurden gefangen; das vierte Flugzeug konnte nicht gefunden werden. Im ganzen verloren die Engländer im Luftkampfe hinter unseren Linien fünf und hinter den ihrigen vier Flugzeuge. Zwei weitere Flugzeuge wurden hinter den feindlichen Linien zur beschleunigten Landung gezwungen. Unsere Flugabwehrkanonen holten außerdem hinter unseren Linien einen Caudron-Doppeldecker herunter; die Insassen sind tot. Zusammen verlor also der Feind 12 feindliche Flugzeuge an einem Tage. Leutnant Albert schoß bei [illegible] und Vizefeldwebel Henscheit bei Belrupt je einen Fesselballon ab, die brennend abstürzten. Leutnant Frhr. v. Richthofen besiegte östlich Neclincourt seinen 25. und Leutnant Schäfer nördlich Lens seinen 7. Gegner. Wir verloren durch das Feuer der feindlichen Abwehrkanonen ein Flugzeug östlich Gelfingen.



Der Sturm auf den Magyaros

Unsere heutige Karte bezieht sich auf die Kämpfe der Heeresfront des Erzherzogs Joseph zwischen dem Gyimes-Paß und dem Uz-Paß. Es ist hier österreichisch-ungarischen Regimentern gemeinsam mit deutschen Truppen gelungen, den durch die Russen stark verschanzten Magyaros-Berg und die anliegenden Höhen im Sturm zu nehmen. Der Feind hat dabei 13 Offiziere, 991 Mann, sowie 17 Maschinengewehre und 5 Minenwerfer in der Hand der Verbündeten gelassen. Der österreichische Heeresbericht erwähnt mit besonderem Lobe die Tätigkeit des Honved-Infanterie-Regiments Nr. 10.

England.

Die englischen Verluste.

Der „Daily Telegraph" veröffentlicht die englischen Verlustziffern und gibt für Februar an: Offiziere getötet und verwundet 1216 (davon 328 getötet); Mannschaften getötet und verwundet 16271 (davon getötet 6347).

Die Verlustziffern während der letzten vier Monate sind nach dem „Daily Telegraph":

Oktober: 4366 Offiziere und 102340 Mannschaften. Prozentsatz an Offizieren: 4 Prozent.

November: 2512 Offiziere und 72479 Mannschaften. Prozentsatz an Offizieren: 3 Prozent.

Dezember: 953 Offiziere und 39711 Mannschaften. Prozentsatz an Offizieren: 2,3 Prozent.

Januar: 963 Offiziere und 32198 Mannschaften. Prozentsatz an Offizieren: 2,7 Prozent.

Es ist auffallend, das für den Monat Februar der Prozentsatz an verwundeten und getöteten Offizieren auf 7 Prozent gestiegen ist.

*

4000 englische Dienstverweigerer bisher verhaftet.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Aus England wird berichtet, daß die Zahl der verhafteten Dienstverweigerer auf über 4000 gestiegen ist.

*

Eine neue Debatte über Irland.

Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times" meldet, daß die irischen Nationalisten am Montag wieder im Unterhause erscheinen werden. Redmond wird an die Regierung das Ersuchen richten, baldmöglichst einen Tag für die Besprechung des irischen Etats festzusetzen, wobei namentlich das Gehalt des Sekretärs für Irland bestimmt werden wird. Es handelt sich hier um ein formelles Mittel, um von neuem die Debatte über Irland in Gang zu bringen.

Nach Londoner Meldungen nehmen die revolutionären Bewegungen in Irland wieder zu. Die Führer der Sinnfeiner-Bewegung sind verhaftet und nach England gebracht worden, sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. So bekämpft man im „freien" England, das angeblich für das Nationalitätenprinzip eintritt, eine nationalistische Volksbewegung.

*

Die Wehrpflicht der Engländer in Indien.

In Indien ist der Gesetzentwurf, wonach alle europäischen Engländer in Englisch-Indien zwischen 16 und 50 Jahren dienstpflichtig sind, Gesetz geworden.

Der Seekrieg.

Ergebnisse des verschärften U-Boot-Krieges.

WTB. Berlin, 10. März. (Amtlich.) Von zurückgekehrten U-Booten sind neuerdings wieder Dampfer und Segelschiffe von zusammen 42177 Brutto-Register-Tonnen versenkt und eine Prise von 1109 Brutto-Register-Tonnen mit Salpeter eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Maßnahmen gegen U-Boot-Angriffe.

Wie der Lyoner „Progrès" aus Newyork erfährt, seien Norfolk, Baltimore und Washington gegen Überraschungen durch Uboote geschützt worden. Ein Stahlnetz sei zum Schutze der Reede von Hampton Roads gespannt worden. Damit seien die Festungen Monroe, Oldpoint und Comfort teilweise und Norfolk ausreichend geschützt.

Laut „Petit Parisien" gibt das französische Marineamt bekannt, daß die französischen Arsenale gegenwärtig mit allem Eifer neuartige Uboote, sowie gegen die feindlichen Uboote entgegenwirkende Waffen, wie Netze und Tauchgranaten, anfertigen.

*

Sichere Nordseefahrt für neutrale Schiffe.

Wie niederländische Blätter mitteilen, ist der Regierung im Haag von amtlicher deutscher Seite bekanntgegeben worden, daß vom 15. März ab völlige Sicherheit für die Seefahrt in einem freigelassenen Damm durch die Nordsee nach Norwegen geleistet werden kann.

Die deutsche Gesandtschaft in Kristiania teilt mit: Vom 1. April ab können neutrale Schiffe im Fahrwasser von Utsire, der Nordostecke des Sperrgebiets in der Nordsee, im Umkreise von 10 Meilen um das Utsire-Feuerschiff fahren, ohne von deutschen Tauchbooten ungewarnt angegriffen zu werden. Die „Aftonposten" bemerkt dazu: Diese Erleichterung ist geschehen mit Rücksicht auf den vor Utsire vor sich gehenden Fischfang, sowie mit Rücksicht auf die neutralen Segelschiffe.

*

4 russische Transportdampfer gesunken.

Der Kommandant der russischen Schwarzen Meer-Flotte gibt bekannt: In der vergangenen Woche sind 4 Transportdampfer, die sich von Sebastopol unterwegs nach Armenien befanden, aus unbekanntem Anlaß, wahrscheinlich durch Minen oder Torpedos gesunken.

*

Versenkung eines dänischen Dampfers.

Das dänische Ministerium des Aeußern teilt mit: Die Reederei C. K. Hensen erhält von dem Kapitän Petersen, dem Führer des Dampfers „Rosverg", drahtlich die Mitteilung, daß der Dampfer am 3. März versenkt wurde und daß 12 Mann der Besatzung gerettet und von dem Dampfer „London" in Rosvig in Norwegen gelandet worden sind. Sechs Mann sind ertrunken. — Die Blätter fügen hinzu, daß der Dampfer mit einer Maisladung von Amerika gekommen ist. Bei dem Erlaß der deutschen Seesperrerklärung lag der Dampfer zur Durchsuchung in einem englischen Hafen. Er wurde später freigegeben und versuchte, trotz der deutschen Erklärung das Sperrgebiet zu durchfahren. Er hatte 1800 Tonnen Gehalt.

Die Kämpfe im Orient.

Türkischer Heeresbericht

vom 10. März: Tigris-Front: Seit gestern ist die Kampftätigkeit auf beiden Ufern des Tigris heftig geworden. Ein von fünf feindlichen Bataillonen auf unsere Stellungen am Süduser des Tigris gemachter Angriff wurde unter schweren Verlusten für den Gegner durch unser Feuer abgeschlagen. Der Feind blieb zum Teil auf ungefähr 800 Meter Entfernung vor unseren Stellungen, zum Teil wurde er gezwungen, sich zurückzuziehen.

*

Russischer Vormarsch in Persien.

Die russische Gesandtschaft setzte den persischen Ministerpräsidenten davon in Kenntnis, daß russische Truppen Bidjar, Senneh, Hammadan, Kengaver und Declelabad eingenommen haben.

Demgegenüber wird aus Konstantinopel gemeldet, daß Hammadan aus strategischen Gründen kampflos geräumt worden sei; die Behauptung der Russen, sie hätten die Türken in die Flucht geschlagen, sei unwahr.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Lage in Mexiko.

Die amerikanische Regierung hat Carranza mitgeteilt, daß er dafür verantwortlich gemacht werden würde, falls Deutschlands Bemühungen, in Mexiko Unruhen hervorzurufen", Erfolg haben sollten. Wie Reuter aus Washington erfährt, wurde der mexikanischen Regierung weitermitgeteilt, daß über die Angelegenheit der deutsch-mexikanischen Funkenverbindung von amerikanischer Seite eine Untersuchung eingeleitet worden ist.

Eine weitere Reutermeldung bestätigt, daß nach in Washington eingelaufenen Bericht zwischen Berlin und der Stadt Mexiko eine drahtlose Verbindung hergestellt ist, und daß Chapultepec, die stärkste Station in Mexiko, verschiedene Berichte an europäische Stationen weitergab. Chapultepec steht unter Regierungskontrolle und ist Privatzwecken unzugänglich. Diese Tatsachen, fährt Reuter fort, rufen in Washington Beunruhigung hervor, wo man fürchtet, daß die deutschen Ozean-Kaper und U-Boote über die Bewegungen amerikanischer und anderer Schiffe unterrichtet werden könnten.

*

Erleichterung der Heimkehr der Brasilianer.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, der Minister des Auswärtigen hat die Kriegführenden gebeten abreisenden Brasilianern, die in ihre Heimat zurückzukehren wünschen, die Heimreise zu erleichtern.

*

Kein Rücktritt des chinesischen Ministerpräsidenten.

Die Reuter-Agentur vernimmt aus guter Quelle, daß der chinesische Ministerpräsident sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen habe.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Eisenbahn-Etat im preußischen Abgeordnetenhause.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann am Sonnabend mit der Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Im Mittelpunkt der Debatte stand der bekannte Kirchhoffsche Plan auf Schaffung einer Reichseisenbahn. Dieser Gedanke wurde von allen Rednern, die bisher zu Worte kamen, und auch von der Regierung rundweg von der Hand gewiesen. Der konservative Abg. von der Groeben erklärte, seine Freunde würden keinen Schritt tun, der irgendwie die Eisenbahnen aus der Hand Preußens nehmen könnte, sondern wie bisher unsere Eisenbahnverwaltung darin unterstützen, die Bahn auf der vollen Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. — Ganz ähnlich äußerte sich Abg. Schmedding vom Zentrum, der seine Ausführungen mit den Worten schloß, die Kirchhoffschen Pläne versprächen ein goldenes Zeitalter für die Eisenbahnen; wenn man sie aber näher ansehe, komme nicht einmal ein kupfernes heraus. — Noch schärfer gingen die Vertreter der Regierung gegen den Kirchhoffschen Gedanken vor. Der Eisenbahnminister bezeichnete das Produkt als eine Fata morgana. Die preußischen Eisenbahnen hätten dem Staate großen Segen gebracht und wir wollen bleiben, was wir sind; das sei kein Partikularismus. Auf der anderen Seite würde alles geschehen, was notwendig sei, um die Eisenbahnen zu vereinheitlichen. Auf diesem Standpunkt ständen alle deutschen Eisenbahnverwaltungen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen rechtfertigte der Minister die geplanten Verkehrssteuern, die man trotz der hohen Kriegsentschädigung, auf die mit Zuversicht zu rechnen sei, nicht

entbehren könne. — Auch der Finanzminister Dr. Lentze meinte, die Anregungen Kirchhofs seien zwar außerordentlich bestechend, aber seine Schrift sei nicht auf ziffernmäßige Unterlagen aufgebaut und bewege sich in Widersprüchen. — Als letzter Redner kam der Freikonservative Graf Moltke zu Wort, der im großen und ganzen den Standpunkt der Eisenbahnverwaltung zu rechtfertigen suchte.

Kleinstaatliche Finanznöte.

Der Voranschlag der Staatskasse des Fürstentums Lippe (Detmold) schließt bei rund 3 Millionen Mk. Einnahmen und Ausgaben mit 21 000 Mk. Fehlbetrag ab. Tatsächlich hat sich nach der Rechnung in den ersten beiden Kriegsjahren ein Gesamtfehlbetrag von 510 000 Mk. ergeben. Dieser Ausfall soll jetzt auf eine Landeskriegsanleihe übernommen werden. Bisher hat sich der lippische Staat durch die Ausgabe von Schatzanweisungen der Finanznöte erwehrt.

Die Wirkung der Kohlensteuer.

Prof. Julius Wolf untersucht im „Tag" die Wirkung der Kohlensteuer auf die breiten Volksmassen. Er berechnet, daß die arbeitenden Klassen fünf Prozent ihres Einkommens für Heizung und Beleuchtung ausgeben. Die Kohlensteuer würde diese Ausgabe rein rechnerisch auf sechs Prozent erhöhen. In Wirklichkeit ist aber, wie Prof. Wolf ausführt, der Betrag, mit dem die Kohlensteuer den Haushalt der Minderbemittelten trifft, zweifellos höher. Wollen wir annehmen, daß wir nach dem Kriege 67 Millionen Menschen im Reiche haben werden, so bedeutet eine Steuer von ½ Milliarde eine Kopfbelastung mit rund 7½ Mk. pro Jahr und eine Neubelastung der Familie mit fünf Köpfen mit nicht weniger als 37½ Mk. Das ist allerdings der Durchschnitt. Es leidet keinen Zweifel, daß der Reiche mehr Kohle verheizt und „verkocht", und mehr als an Lebensmitteln, so auch sonst an Gegenständen kauft, die mit Hilfe von Kohle, sei es hergestellt, sei es befördert werden. Aber die Zahl der Reichen ist bekanntlich immer noch gering. So wird die Durchschnittsziffer durch den Konsum der Reichen nicht allzusehr verschoben. Man wird auch für den kleinen Mann eine zusätzliche Belastung infolge der Kohlensteuer mit etwa 6 Mark pro Kopf und 30 Mk. pro Familie anzunehmen haben. Diese 30 Mk. werden selbst dann gelten, wenn es gelingen sollte, dem Auslande einen Teil der Steuer aufzubürden in Gestalt der Steuer von der exportierten Kohle, in Gestalt sodann von mit Aufwendung von Kohle hergestellten und ins Ausland verfrachteten Waren und in Gestalt der Frachtleistungen, die man für dieses besorgt. 30 Mk. pro Haushalt sind eine Steuerlast, welche die durch die Zuckersteuer herbeigeführte erheblich übertrifft, und jene durch die Salzsteuer sehr weit hinter sich läßt.

Oesterreich-Ungarn.

Die Bildung eines Konzentrationskabinetts wird in Ungarn geplant. Dadurch wurde der Rücktritt Tiszas wahrscheinlich. Die Opposition verlangt die Heranziehung der Minderheitsparteien zur Regierung, während die Regierungspresse erklärt, ein Kabinett ohne Tisza sei undenkbar.

Der amtliche Kriegsbericht.

17 feindliche Flieger abgeschossen.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Sehr klare Sicht hatte an vielen Stellen der Front gesteigerte Tätigkeit der Fernwaffen und Flieger zur Folge. Besonders stark war das Feuer im Ancre-Gebiet, zwischen Bauquois und Le Transloy, lebhaft an mehreren Abschnitten längs der Aisne und in der Champagne.

Südlich von Ripont griffen die Franzosen heute morgen unsere Stellungen an. Sie wurden abgewiesen.

Durch Luftangriffe unserer Flieger verloren die Gegner 16 Flugzeuge und zwei Fesselballons, durch Abwehrfeuer ein Flugzeug.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei vielfach reger Artillerie- und Vorfeldtätigkeit keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Zwischen Ochrida- und Prespa-See haben sich kleine Gefechte vor unseren Linien entwickelt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Bagdad von den Engländern besetzt.

WTB. London, 12. März. Reuter meldet, daß Bagdad am Sonntag besetzt worden ist.

Gegen den Aufruhr in Petersburg.

WTB. St. Petersburg, 12. März. Reuter meldet: **Der Kommandant der Petersburger Truppen macht in einer Proklamation bekannt: Infolge der letztägigen Unruhen und Gewalttätigkeiten und infolge der versuchten Angriffe auf Soldaten und Polizei und der trotz des Verbotes in den Straßen abgehaltenen Versammlungen wird die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht, daß die Truppen den Befehl haben, von der Waffe Gebrauch zu machen und vor keiner Maßregel zurückzuschrecken, um die Ordnung in der Hauptstadt aufrechtzuerhalten.**

Die Zeitungen erscheinen nicht, die Straßenbahnen sind außer Betrieb.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 12. März.

Vom Abschied und Wiedersehen. Das Abschiednehmen höret nimmer auf; solange die Erde besteht, hat es die Menschen durchs Leben geleitet. An ein Wiedersehen war gar oft nicht zu denken. Abschiednehmen heißt, liebe Wünsche und Gewohnheiten aufgeben, ist ein Verzicht des Herzens, ist Loslösen verwandter Seelen. Wiedersehen ist ein Quell seligster Hoffnungen, ist Erfüllung oder bittere Enttäuschung. Der Abschied ist das Schwerste und das Schwere bleibt uns am ehesten treu. Nun aber wuchs es zur Katastrophe, daran die halbe Welt teil hat. Es ist wie eine ewig unruhige Linie auf unserer Lebensstraße, die den Fuß unsicher schreiten und den Blick nicht frei hinausschweifen läßt. Es sind zuviele Wegweiser an Kreuzungspunkten, die hierhin und dorthin zeigen. Man weiß nie, wo die Zukunft liegt und nie, wo wir scheiden müssen.

Heute sind wir noch beisammen, um vielleicht schon morgen am Bahnsteig zu stehen, von Wiedersehen zu reden und „Lebewohl" rufend. Ein weißes Tuch in den Händen, winken wir Abschied, während die brennenden Augen den Zug verfolgen, der bald wie ein Schemen verschwunden ist. Dichte graue Rauchwolken ballen sich zusammen und verhüllen das Glück, das er mit sich entführt.

Wo gibt es ein Wiedersehen? Vielleicht am selben Bahnsteig, wohl auch in einer fremden Stadt, im hellen Krankensaal, vielleicht auch nur in der eigenen Erinnerung. Mütter können ihre Männer in den Kindern wiedersehen. In der Kraft des Weibes liegt es, ob dies Wiedersehen Hoffnung und Erfüllung in sich schließt.

Das ganze Leben ist ein ewiges Abschiednehmen. Täglich scheiden wir von alten, liebgewordenen Gedanken und Hoffnungen und vertauschen sie mit neuen; Vergangenes verblaßt in unserer Erinnerung, ein abgeschlossener Werdegang unserer Tätigkeit liegt hinter uns; wir nehmen Abschied von unserer Kindheit, von Jugend und Lebensglück wie von Tag und Nacht, von Winter und Sommer. Wir sehen aber auch das Vergangene wieder, den Frühling und die Sonne, wir sehen Kindheit und Jugend zurückkehren, nur alles in anderer Gestalt.

Der Abschied bleibt aber doch das Schwerste, denn wir sind des Wiedersehens nicht gewiß. Und gerade das macht uns das Leben reizvoll, das Nebeneinander von Tag und Nacht, von Licht und Schatten. Nach vielen trüben Stunden wird der Sonnenstrahl kommen und die Wolken verscheuchen, nach Traurigkeit und Zweifel kehrt Freude und Zuversicht zurück. Kein dauernder Frühling vermag uns das Glück zu geben, im Wechsel der Zeiten nur können wir leben.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag dem 19. März, abends 6 Uhr, statt. Voraussichtlich wird die Beratung des Haushaltsplans auf der Tagesordnung stehen.

Scheidemanns „Schwenkung". Nachdem die bürgerlich-annexionistische Presse den Genossen Scheidemann heftig angegriffen hatte, weil er angeblich der Meinung sei, es müsse beim Friedensschluß für alle Kriegführenden heißen: „Jeder trage seine Last", hat nunmehr Scheidemann kurz und bündig erklärt, daß er einen solchen Ausspruch nie getan hat. Darin suchen merkwürdigerweise die alldeutschen Blätter von der Art der „Lübeckischen Anzeigen" „eine kleine Schwenkung", wenn auch noch keine Preisgabe seines grundsätzlichen Standpunktes". Es sind doch seltsame Leute, gewesene Demokraten: erst dichten sie einem Politiker, zu dem sie in schärfstem Widerspruch stehen, etwas ihnen für ihre Zwecke brauchbar Erscheinendes an, und wenn das dann bestritten wird, so phantasieren sie, die früher wegen der Wandlungsfähigkeit ihrer politischen Anschauungen als Fraktion Drehscheibe bezeichnet wurden, von einer Schwenkung des anderen. Die Kriegsziele der Sozialdemokratie sollten doch allmählich auch denen bekannt sein, die publizistisch dagegen zu Felde ziehen. Andere vertritt Scheidemann nicht.

Die sechste deutsche Kriegsanleihe. Die sechste deutsche Kriegsanleihe, auf die Zeichnungen in der Zeit vom 15. März bis 16. April angenommen werden, wird, wie wir schon angekündigt haben, aus fünfprozentigen Schuldverschreibungen und aus viereinhalbprozentigen mit 110 bis 120 Prozent auslosbaren Reichsschatzanweisungen bestehen, die beide zum Preise von 98 für 100 Mark Nennwert zur Ausgabe gelangen. Wer indes die fünfprozentigen Schuldverschreibungen ins Reichsschuldbuch eintragen läßt und sich gleichzeitig verpflichtet, die Ausfolgung der Anleihestücke nicht vor dem 15. April 1918 zu fordern, braucht nur 97,80 Mark anzulegen. Reichsschatzanweisungen können nicht ins Schuldbuch eingetragen werden, bei ihnen beträgt mithin der Zeichnungskurs einheitlich 98, wobei daran erinnert sei, daß die kleinsten Stücke der neuen Reichsschatzanweisungen über 1000 Mark, die kleinsten Stücke der fünfprozentigen Schuldverschreibungen über 100 Mark lauten. Bei beiden Anleihearten findet die übliche Stückzinsenverrechnung statt, und da der erste Zinsschein am 2. Januar 1918 fällig ist, werden vom Einzahlungstage ab auf den eingezahlten Anleihebetrag bis zum 1. Juli 1917 5 Prozent oder 4½ Prozent Stückzinsen vergütet. Bei Zahlungen, die nach dem 1. Juli stattfinden, geht die Berechnung der Stückzinsen zu Lasten des Einzahlenden. Wie in früheren Fällen sind auch diesmal zur Erleichterung für die Zeichner vier Pflichtzahlungstermine festgesetzt für Teilzahlungen, deren erster der 27. April und deren letzter der 18. Juli ist. Solche Zeichner, die indes schon früher in den Genuß der hohen Zinsen gelangen wollen, können vom 31. März ab Voll- oder Teilzahlungen leisten, wobei der Vorbehalt gemacht ist, daß Teilzahlungen nur in runden durch hundert teilbaren Beträgen des Nennwertes zulässig sind.

Zeichnungs- und Vermittelungsstellen sind dieselben wie bei den vorangegangenen Kriegsanleihen. Die Postanstalten nehmen wieder nur Zeichnungen auf die fünfprozentigen Schuldverschreibungen an, und die dort zur Anmeldung kommenden Beträge müssen bis zum 27. April voll bezahlt werden. Erfolgt die Vollzahlung bei der Post am 31. März, so werden 90 Tage Zinsen gleich 1¼ Prozent vergütet, erfolgt die Einzahlung in der Zeit vom 1. bis 27. April, so umfaßt die Zinsenvergütung einheitlich 63 Tage und beläuft sich auf ⅞ Prozent. Dementsprechend sind die Nettozeichnungspreise für Anmeldungen bei der Post 96¾ oder 97⅛ Prozent.

Neu gegenüber den Zeichnungsbedingungen für die früheren Kriegsanleihen ist die Bestimmung, daß den Zeichnern der viereinhalbprozentigen mit 110 bis 120 Prozent auslosbaren Reichsschatzanweisungen das Recht eingeräumt ist, Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen der früheren Kriegsanleihen in neue viereinhalbprozentige mit 110 bis 120 Prozent auslosbare Schatzanweisungen umzutauschen. Damit wird der Zweck verfolgt, den Besitzern älterer Anleihen, die diese in die neuen Schatzanweisungen umwandeln möchten, die Notwendigkeit des Verkaufs zu ersparen. Dieses Recht ist jedoch begrenzt: Jeder Zeichner kann nämlich höchstens doppelt so viele alte Anleihen (nach dem Nennwert) umtauschen, wie er neue Schatzanweisungen gezeichnet hat. Wer also beispielsweise 5000 Mark neue Schatzanweisungen gezeichnet hat, gewinnt einen Anspruch auf weitere 10 000 Mark neue Schatzanweisungen gegen Auslieferung eines gleichen Betrages Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen der früheren Kriegsanleihen. Der Umtausch erfolgt mit Wirkung vom 1. Juli 1917; demgemäß sind die mit Januar-Juli-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen fällig am 2. Januar 1918 einzureichen, die mit April-Oktober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen fällig am 1. Oktober 1917. Die Einlieferer von April—Oktober-Stücken erhalten jedoch auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für ein Vierteljahr vergütet.

Wer sich über irgend eine weitere Frage unterrichten will, wird alles Wissenswerte aus der demnächst erscheinenden Zeichnungsaufforderung ersehen können, im übrigen bei allen Zeichnungsstellen und Zeichnungsvermittelungsstellen jede Auskunft erhalten.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute mittag kurz nach 12 Uhr beim alten Bahnhof. Von der Moislinger Allee kam ein Straßenbahnwagen der Linie 9, und neben ihm fuhr ein, mit 2 Pferden bespannter Wagen der Dampfbäckerei von Junge. Plötzlich ertönte auf der andern Seite des Fahrdammes Militärmusik; die Pferde des Jungeschen Gefährtes wurden dadurch scheu und rasten davon. Hierbei wurde der Kutscher vom Wagen geschleudert und von einem Rad seines Wagens überfahren. Er hat erhebliche Verletzungen am Kopf und am Bein erlitten und mußte mittels Tragbahre nach dem Lazarett in der Marquardschule gebracht werden. Ob die Pferde noch mehr Unheil angerichtet haben, konnten wir nicht erfahren.

Wolle zum Stricken. Der Vaterländische Frauen-Verein hat wieder Wolle zum Stricken von Soldatenstrümpfen bekommen. Die Ausgabestellen sind im Anzeigenteil bekanntgemacht.

Der Dampfer „Rissan", der zwischen Lübeck und der Westküste Schwedens verkehrte, ist auf der Reise nach Gothenburg in der Nähe von Halmstad infolge Eisschraubungen gesunken. Man hofft, das Schiff bergen zu können.

Zur Bestandsaufnahme der Schuhwaren am 12. März 1917 wird nochmals darauf hingewiesen, daß Holzpantoffeln mit Leder- oder Stoffteilen meldepflichtig sind. Händler, die solche zum Verkauf vorrätig haben, haben sofort eine Meldekarte beim Statistischen Amte zu entnehmen.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Februar beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 1 208 618,56 Mark, Gewerbesteuer 220 85 Mk., Wertzuwachssteuer 13 668,— Mark, Grundsteuer 20 775 63 Mk., Erbschaftssteuer einschließlich Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 8539,42 Mark, Veräußerungsabgabe 10 500,82 Mk., Stempelabgabe 6112,50 Mark, zusammen 1 268 435,78 Mk. gegen 1 099 466,61 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 168,969,17 Mk. mehr. Vom 1. April 1916 bis Ende Februar 1917 gingen insgesamt 7 410 241,92 Mk. ein gegen 6 953 486,02 Mk.; mithin 456 755,90 Mark mehr.

Von den Kämpfen in Galizien und Siebenbürgen berichtet ein junger Lübecker, der bei einer Maschinengewehr-Abteilung steht, in einem uns zur Verfügung gestellten Feldpostbrief folgendes:

„Wir lagen in Stellung an der Nawarowka in Galizien. Der Graben zog sich am Waldrande entlang, links 100 Meter von uns eine Schlucht, noch weiter Höhen von Felssteinen mit Muttererde bedeckt. Alles war mit Kartoffeln bepflanzt, tausende Zentner Kartoffeln mußten umkommen. Hinter uns waren Massengräber. Die russische Stellung war schon wiederholt gestürmt, aber immer vergeblich, denn die Russen hatten sich fest eingebaut. Vor unserer Stellung lagen tote Russen und Türken, einige schon schwarz, in Verwesung übergegangen. Am 29. Oktober gingen wir zum zweiten Male in Stellung; am 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr 15 Minuten begann der Sturm. Unsere und die österreichische Artillerie und Minenwerfer hatten zwei Stunden Trommelfeuer abgegeben auf die russische Stellung; von uns war der Russen-Graben 50 Meter entfernt. Um 3 Uhr 15 Minuten ging die Infanterie vor, die Artillerie verlegte ihr Feuer nach hinten, um den russischen Reserven den Weg in die vordere Stellung abzusperren. Als die Infanterie im Russen-Graben war, rückten auch wir vor mit Maschinengewehren. Rechts war es uns geglückt, in den Graben zu kommen, links mußten die Kameraden wieder zurück; sie erhielten zu starkes Feuer von vorne und auch von der Flanke heftiges Maschinengewehrfeuer. Uns sausten die Kugeln um die Ohren. Im Russen-Graben sah es wild aus, den hatte die Artillerie aufgeräumt. Tote Russen lagen einer über dem andern. Nach rechts wurde der Graben durch Infanterie mit Handgranaten aufgerollt, wodurch verschiedene ihr Leben lassen mußten, denn die Russen wollten sich nicht ergeben, aber nach 2 Stunden Kampf hatten wir den Graben im Besitz. Wir haben unsere Gewehre eingebaut und fanden noch ein russisches Maschinen-Gewehr, welches nicht beschädigt war; auch diverse Munition, denn die Besatzung hatte einen Volltreffer von unserer Artillerie bekommen, bauten auch dieses ein und konnten nun den Gegenangriff abwarten. Es war 11 Uhr nachts, im Graben stand Mann an Mann; wir hatten Verstärkung bekommen. Munition war genügend herbeigeschafft. Da hieß es, die Russen kommen und es wurde gefeuert, was aus der Knarre raus wollte, bis kein Russe mehr zu sehen war. So ging es die Nacht verschiedene Male, bis der Morgen graute, wo die Russen dann in Gruppen-Kolonnen ankamen. So wollten sie durchaus unsere Front durchbrechen, aber je näher sie kamen, um so weniger wurden es durch unser heftiges Feuer. Es blieb ihnen weiter nichts übrig, sie mußten sich wieder eingraben. Wir fingen dann an, Kampfstollen zu bauen. Den dritten Tag nach dem Sturm bekam unser Nachbar-Maschinen-Gewehr einen Volltreffer von der russischen Artillerie, wobei ein Mann tot und zwei Mann schwer verwundet wurden, die auf dem Transporte noch gestorben sind. Auch eine Gefechtsordonnanz von uns wurde schwer verwundet, verschiedene leicht verwundet. Ich mußte für unsere Toten noch die Kreuze machen; sie wurden auf unserm Friedhof beerdigt. 14 Tage nach dem Sturm wurden wir abgelöst. Wir waren froh, denn trockene Füße hatten wir die ganze Zeit nicht gehabt. Die Stiefel mußten an den Füßen faulen. Nachts beim Schlafen sitzen, alle vier Stunden Doppel-Posten aufziehen, Decken und Kleidung alles naßkalt. Dann wurden wir verladen und kamen nach Siebenbürgen. Dort lagen wir 8 Tage. Abermals eine mehrtägige Bahnfahrt. Dann noch vier Tage Marsch und wir waren angelangt. Die Nacht am Feuer verbracht, morgens ging es in Stellung. Unsere Gewehre, Munition usw. wurde auf Tragetieren gepackt; zwei Stunden Weg hinauf auf die Berge und wir lösten die andere Maschinen-Gewehr-Kompagnie ab. Die Höhe, auf der wir lagen, war 1800 Meter hoch, alles mit Bäumen bewachsen. Viele Bäume vom Sturme umgerissen. Dort bauten wir uns einen Unterstand. Tadelloses Holz war genug vorhanden; auch eine Pritsche zum Schlafen, Tisch, Bank. Hatten auch einen Ofen drin, das Feuer ging Tag und Nacht nicht aus. Essen mußten wir uns selber kochen. Weihnachten war gekommen. Wir erhielten 20 Zigarren und 30 Zigaretten. Statt Brot gab es viel Zwieback. Unsere Infanterie ging am 30. Dezember und 1. Januar mehrfach zum Sturm auf eine starke russische Stellung vor. Am 7. Januar wurden wir abgelöst. Es schneite den Tag unaufhörlich, aber wir waren froh, daß es runter ging. Als wir das erste große Dorf erreicht hatten empfing uns unsere Musik und nun gings durch das Dorf. Nach 4 Tagen Marsch erreichten wir die Bahn. 7 Tage Fahrt im Viehwagen, in der erfreulicherweise ein Ofen war. Dann wurden wir entlaust und bekamen saubere Wäsche. In Unterhose und Hemd liefen wir die halbe Nacht herum. Nach 24 Stunden ging die Fahrt weiter im kalten Wagen dritter Klasse. Befinden uns jetzt in Belgien in Ruhe. Karl.

h. **Das Konzert der Lübecker Sängerschaft** zugunsten einer Ehrenspende in Anlaß der 50. Fahrt des Lübecker Vereinslazarettzuges Nr. 1 hatte am gestrigen Sonntag im großen Saale der Stadthalle zahlreiche Zuhörer versammelt. Die beachtenswerten Darbietungen der Sänger, unter denen man manch bemoostes Haupt sah, fanden unter der Leitung ihres tüchtigen Dirigenten Herrn Chormeister Fritz Bähnke lebhaften und wohlverdienten Beifall. Auch der Solistin des Abends, Frau Martha Brehling-Wülfken (Hamburg) die mit ihrem vollen, wohlklingenden Sopran die Hörer fortriß, sowie der feinsinnigen Begleitung des Fräulein Grete Evers-Lübeck wurde reiche Anerkennung gespendet. Von den Männerchören verdienen besonders hervorgehoben zu werden: „Braun Meidelein" von A. Kirchl, „Wohin mit der Freud'" von Fr. Silcher, „Lied der Deutschen in Lyon" von Mendelssohn-Bartholdi und „Mein ist die Welt" von Fr. Curti. Starken Anklang fand „D'Hamkehr" von Th. Koschat, das wegen des ausgezeichneten Solos des Herrn Matthut stürmisch zur Wiederholung begehrt wurde. Die von Frau Brehling-Wülfken vorgetragenen Lieder waren gleichfalls von den Trägern bester Namen, Schubert, Schumann, Brahms, geschaffen; auch unser einheimischer Komponist G. Göhler lieferte wertvolle Beiträge zum Programm; sein Mailied „Wie herrlich leuchtet mir die Natur" mußte wiederholt werden.

Wenn auch der Krieg große Lücken in die Sängerschar gerissen hat, wodurch besonders die jüngeren Kräfte fehlten und mancher Verein kaum imstande sein dürfte, allein zu wirken, so zeigte doch wiederum der gestrige Abend, daß zusammengeschlossen selbst unter den schwierigsten Verhältnissen noch Vorzügliches auf dem Gebiete des Männergesangs geboten werden kann. Auch die Alten stehen wenn Not am Mann ist, noch immer ihren Mann! Leider hinderte die Kälte des Saales, sich dem Genuß des Gebotenen voll hinzugeben.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Februar in 122 Fällen gemeldet. Davon betrafen 97 Fälle (5 tödlich verlaufen) Diphtherie, 14 (1 tödlich) Masern, 7 (4 tödlich) Pocken, 4 (1 tödlich) Scharlach.

Holsten-Bank. In der am 10. März d. J. stattgefundenen Generalversammlung wurde die Tagesordnung debattelos erledigt und die Dividende für das Geschäftsjahr 1916 mit 6½ Prozent festgesetzt. Das ausscheidende Aufsichtsratsmitglied Kommerzienrat Blunck-Neumünster wurde einstimmig wiedergewählt.

pb. **Die Handtasche entrissen.** Festgenommen wurde ein 16-jähriger Molkereigehilfe aus Mannheim, welcher am Sonnabend, dem 10. ds. Mts. abends 9.30 Uhr auf dem Lindenplatz einer Dame eine Handtasche mit Inhalt aus der Hand gerissen hatte.

pb. **Gestohlener Blockwagen.** Am Sonntag, dem 4. ds. Mts. ist vom Hofe des Hauses Lohmühle Nr. 25 ein dunkelblau gestrichener Blockwagen gestohlen. Das hintere Schott des Wagens fehlte. Als Täter sollen zwei Knaben in Frage kommen.

pb. **Ergriffen** und dem Marstallgefängnis zugeführt wurden zwei kriegsgefangene Russen, die auf ihren Arbeitsstellen in Ahrensburg bezw. Rehna entwichen.

pb. **Steckbrieflinge.** Ermittelt und festgenommen wurde ein jugendlicher Knecht aus Krumbeck, der wegen Strafverbüßung seitens der Staatsanwaltschaft in Altona steckbrieflich verfolgt wurde. — Festgenommen wurde ferner ein Leichtmatrose aus Edelfingen, der seitens der hiesigen Amtsanwaltschaft wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde.

Hamburg. Das Prisengericht erkannte am Freitag in öffentlicher Verhandlung über den am 15. November 1916 auf der Reise von Rotterdam nach Gothenburg angehaltenen und aufgebrachten, später aber freigegebenen schwedischen Dampfer „Götha" in folgender Weise: Zur Beschlagnahme des Schiffes lagen ausreichende Gründe vor. Für die von der Stückgutladung in Anspruch genommenen Waren wird eine Entschädigung in Höhe von 48 700 Mk. bewilligt. Die gegen die am 21. Oktober 1916 erfolgte Einbringung des norwegischen Dampfers „Fritzoe" eingelegten Reklamationen sind abzuweisen. Die Beschlagnahme von Schiff und Ladung ist zu recht erfolgt. „Fritzoe" befand sich mit einer Ladung Brettern auf der Reise von Lervik nach London. In derselben Weise wurde mit dem holländischen Motorschoner „Oosteze" verfahren, der mit Stückgut von Rotterdam nach London unterwegs war und am 8. November 1916 durch Aufbringen zum Unterbrechen seiner Fahrt gezwungen wurde. In Sachen der versenkten dänischen Segler „Cocos", „Elna" und „Neptunus" verhandelte das Hamburger Prisengericht bereits im Dezember vorigen Jahres. Es stellte sich allen auf Schadloshaltung hinzielenden Anträgen gegenüber auf einen ablehnenden Standpunkt. Das Oberprisengericht in Berlin verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück, die für „Neptunus" 11 970 Kronen und dessen Reeder 15 000 Kronen bewilligt hat. In Sachen der anderen beiden Segelschiffe ist die Urteilsverkündung auf den 30. März festgesetzt worden, an welchem Tage auch über das Schicksal des am 11. September 1916 vernichteten spanischen Dampfers „Louis Vives" Beschluß gefaßt werden soll. Dieser, dessen Eigentümer 2 Millionen 650 000 Mark Schadenersatz verlangen, befand sich mit einer Ladung Trauben und Zwiebeln auf der Reise von Almeria nach Liverpool. 1 Million 405 000 Kronen beansprucht die Reederei des am 15. September 1916 gewaltsam zum Untergange gebrachten dänischen Dampfers „Jeanne", der 925 Tons Alfa (Espartogras) und Mineralwasser von Algier nach England befördern sollte. Ueber den Charakter und die Verwendungsmöglichkeiten des benannten Grases sollen fachmännische Gutachten eingeholt werden. Urteilsverkündung am 30. März.

Waren. Durch einen Unglücksfall die Eltern verloren. Das Schiffer-Ehepaar Schuldt geriet in der Nähe von Priborn beim Streuholen in der Dunkelheit in ein Wasserloch. Es mußte, da Hilfe nicht in der Nähe war, ertrinken. Sechs zum Teil noch unmündige Kinder stehen trauernd an der Bahre der Eltern, die unter so tragischen Umständen gemeinsam den Tod fanden.

Oldenburg. Aus dem oldenburgischen Landtage. Die Regierung des Großherzogtums Oldenburg hat, einem Beschluß des Landtages vom Herbst v. Js. folgend, einen Gesetzentwurf eingebracht, der zu dem vom Reich beschlossenen Kriegssteuergesetz einen Zuschlag von 10 Proz. vorsieht. In der jetzt erfolgten Beschlußfassung des Landtags stimmte die Mehrheit dem Gesetzentwurf zu, während sich eine Minderheit ablehnend verhielt mit der Begründung, daß Oldenburg mit diesem Vorgehen allein dastehe und das Reich mit dem jetzigen Steuersatz von 20 Proz. bis an die Grenze des wirtschaftlich Erträglichen gegangen sei. Die Mehrheit vertrat den Standpunkt, daß den Einzelstaaten das Recht der Erhebung eines Zuschlags zum Kriegssteuergesetz nicht bestritten werden könne; dieses Recht sei bei der Reichserbschaftssteuer ausdrücklich anerkannt worden; daher sei die Rechtsfrage nicht zweifelhaft, zumal dieses Recht bei dem Kriegssteuergesetz nicht beschränkt worden sei. — Die Steuer ist eine einmalige; der Ertrag wird auf eine Million geschätzt. Die aus der Landeskriegssteuer gewonnenen Mittel dürfen nicht für laufende Ausgaben im Etat verwandt werden, sondern sind einem besonderen Fonds zuzuführen für Zwecke der Kriegsunterstützung.

Neueste Nachrichten.

Genf, 11. März. Nach einer Meldung des „Matin" wird die Zahl der Deutschen, die aus den Vereinigten Staaten auf mexikanisches Gebiet übertraten, mit 50 000 angegeben.

Lugano, 11. März. Die offiziellen Sozialisten Italiens erhielten eine Einladung vom Haager Sozialistischen Bureau, der Internationalen Sozialistischen Vereinigung gegen die Ausartung des Krieges beizutreten. Scheidemann und Ebert hätten namens der deutschen Sozialdemokratie bereits zugesagt. Die Italiener lehnten jedoch den Beitritt mit der Begründung ab, sie wünschten keine Vereinigung gegen die Kriegsausschreitungen, sondern die alte bedingungslose kriegsfeindliche Internationale auf der Grundlage des Klassenkampfes herzustellen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Neunter Nachtrag

zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916, betreffend die Abgabe und den Verkauf von Kartoffeln.

Der Ausschuß für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I.

Als Ersatz für fehlende Kartoffeln werden für die 5 Tage vom 13. bis 17. März auf die Unterabschnitte 1 bis 6 des Abschnittes 18 der Kartoffelkarte 500 gr Mehl (Weizenmehl alter Mahlung) ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt durch die bekannten Mehlverkaufsstellen. Bezüglich der übrigen Unterabschnitte wird Näheres noch bekanntgegeben werden.

II.

Die Unterabschnitte 1—18 des Abschnittes 18 der Zusatzkartoffelkarte berechtigen vom 13. März d. Js. an zum Bezuge von 9 Pfund Kartoffeln.

III.

Inhaber von Kartoffelbezugsheften erhalten in der Geschäftsstelle der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I. besondere Anweisung über die ihnen zur Verfügung zu stellende Kartoffelmenge. Auf die Bezugshefte selbst dürfen vorläufig Kartoffeln weder entnommen noch abgegeben werden.

IV.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über die Kartoffelversorgung vom 26. Juni vorigen Jahres mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500.— Mark bestraft. Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Lübeck, den 12. März 1917. (7859

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Der neueste
Kriegs-Atlas
mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges ist eingetroffen. :: Preis 1.— Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

England und die Sperrung der See
Preis 20 Pfg.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Die Wolle des Vaterländischen Frauen-Vereins
ist wieder eingetroffen und kommt am **Dienstag, dem 13. März,** nachmittags von 5—7 Uhr, bei den folgenden Stellen zur Ausgabe: (7851
Frau **Kühn**, Am Brink 4.
Frau Professor **Kümmel**, Bugenhagenstraße 13.
Frau Pastor **Mildenstein**, Moislinger Allee 96.
Frau Hauptpastor **Stülcken**, Kirchenstraße 7.

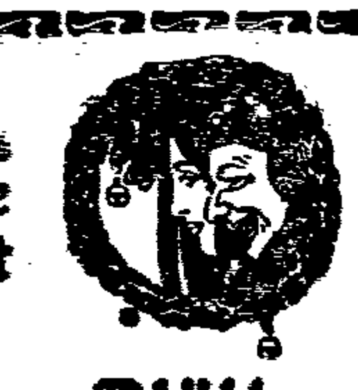
Stadttheater. 7888
Dienstag, den 13. März 1917
Carmen.
Mittwoch, den 14. März 1917
Die Csárdásfürstin
Donnerstag, den 15. März 1917
Armut.
Ein Trauerspiel v. A. Wildgans.
Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Zu kaufen gesucht ein **Klappsportwagen** und kleine eiserne **Kinderbettstelle.** Angeb. unter **K P 10** an die Exp. (7854

Belgischen Riesenrammler
empfiehlt zum Decken. (7856
Müller, Kappenstr. 9.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (7848
Gr. Auswahl in Wand- Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
[illegible]



Meggendorfer-Blätter
München Zeitschrift für Humor und Kunst
Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr 47
Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei! [illegible]

Hansa-Theater. 7860
Täglich abends 7½ Uhr:
Die Förster-Christ'l.
Operette in 3 Akten v. Jarno.

D. T. V.
Vorstandssitzung
am Dienstag, d. 13. März
abends 8 Uhr
im Bureau.
7857) Der Vorstand.

Liebesgaben-Sammlung für die U-Boote.
2. Gabenverzeichnis.
[illegible]
Zusammen Mk. 355.5
1. Gabenverzeichnis . . 3195 —
7850) [illegible]

Jugendausschuß. [illegible]
Morgen, Dienstag, abends 8¼ Uhr:
Sitzung im Jugendheim.

Sozialdemokratischer Verein.
(Verspätet gemeldet.)
Am Donnerstag verstarb unser Genosse
Wilhelm Rexroth.
Ehre seinem Andenken!
7855) Der Vorstand.

Suche für meinen Sohn [illegible] oder später Stellung als **Hausbursche**, am liebst. einer in [illegible]
7865) [illegible]

Zu kaufen gesucht (7849
Kaninchenfelle, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchsten Tagespreis.
Karl Reinfeld, [illegible] 25.
Telephon 2480.

Drucksachen aller Art
liefert an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Lehrlings-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46.

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Von der
Lehrmeister-Bibliothek
empfehlen wir besonders folgende Bändchen:
Das Einmachen der Gemüse . . . . 40 ₰ Nr. 343—44.
Das Einmachen der Früchte . . . . 20 ₰ Nr. 3.
Ernte u. Aufbewahrung des Obstes 40 ₰ Nr. 55—56.
Die Fruchtsaftbereitung . . . . 20 ₰ Nr. 345.
Verwertung d. Honigs im Haushalt 20 ₰ Nr. 77.
Pilzküche . . . . 20 ₰ Nr. 300.
Billige Fleischersatzküche . . . . . . 20 ₰ Nr. 320.
Kaninchenfleischküche . . . . 40 ₰ Nr. 334—35.
Billige Fischküche . . . . 40 ₰ Nr. 350—51.
Ein Monat Arbeiterküche . . . . . . 20 ₰ Nr. 46.
Vegetarisches Kochbuch . . . . 20 ₰ Nr. 187.
Kochkiste und Kochbeutel . . . . . . 20 ₰ Nr. 346.
Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Nr. 60
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 12. März 1917

Ernährungsfragen im Reichstags-Ausschuß.

Zur Erörterung stand die Herabsetzung der Viehpreise. Die Preise für Schweine bis zum Gewicht von 100 Kgr. sollen gesenkt werden um 14—25 Mk. pro Zentner; für Rinder um 10—15 Mk. Die neue Preisfestsetzung soll für Schweine am 1. Mai, für Rinder am 1. Juni beginnen. — In der Besprechung befürwortete Abg. Held (Natl.) die Herabsetzung der Provision für die Viehhandelsverbände und eine Senkung der Fleischpreise, da die Spanne zwischen Vieh- und Fleischpreisen viel zu hoch sei. Dagegen spricht er sich sehr entschieden gegen eine Herabsetzung der Viehpreise, besonders der Schweinepreise aus.

Abg. Hoff (Vp.): Wir hätten die Schwierigkeiten in der Volksernährung nicht gehabt, wenn wir nicht die Viehpreise so hoch gestellt und damit den Anreiz zur Verfütterung des Getreides gegeben hätten. Dieses Getreide fehle uns für die Ernährung der Bevölkerung. Wir können einen großen Viehstand gegenwärtig nicht mehr aufrechterhalten.

Abg. Dr. Mayinger (Zentr.): Die Brotgetreidepreise sind künstlich so niedrig gehalten worden. Die Herabsetzung der Viehpreise würde die Landwirtschaft schwer schädigen. Redner wendet sich sehr entschieden gegen eine größere Abschlachtung des Viehs.

Abg. Dr. Roesicke: Die Viehpreise sollen zu einer Zeit herabgesetzt werden, in welcher alle anderen Preise hinaufgehen. Die Viehhaltung liegt in der kleinen Landwirtschaft, die den Schaden tragen müßte, während die erhöhten Roggenpreise mehr dem Großgrundbesitz zum Vorteil gereichen. Das ist kein erwünschter Ausgleich in der neuen Preisfestsetzung.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki bemerkt, daß es unhaltbar wäre, die Getreidepreise zu erhöhen und die Viehpreise auf der gegenwärtigen Höhe zu belassen. Der Roggen sei heute beim Verfüttern vorteilhafter zu verwerten, als wenn er an die Reichsgetreidestelle abgeliefert wird, und das muß unterbunden werden.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Zur Entscheidung steht nicht, ob wir Fleisch und Fett haben oder vegetabilische Nährmittel, sondern: wie können wir die Bevölkerung am sichersten ernähren? Die Nahrungsmittel, Getreide und Kartoffeln müssen für die menschliche Ernährung reserviert werden; denn bei der Verfütterung gehen uns vier Fünftel des Nährwertes verloren. Diesen Verlust können wir für die Zukunft nicht mehr ertragen. Wir müssen deshalb zu einer besseren Brotversorgung, reichlicherem Zuschlag von Nährmitteln aus Gerste und Hafer und Zuweisung größerer Kartoffelquantitäten kommen. Das kann geschehen, wenn wir alle Verwertung von Nährmitteln für die Viehhaltung unterbinden. Durch die Herabsetzung der Viehpreise wird dieses Ziel erreicht. Eine Schonung muß lediglich unser Milchvieh erfahren, und das Kriegsernährungsamt muß dafür sorgen, daß die Milch mehr für die städtische Bevölkerung und die Magermilch zur Käsebereitung verwendet wird. Auch hier muß ein weitgehendes Verbot der Verfütterung eintreten. Die Spanne zwischen Vieh- und Fleischpreisen muß gesenkt werden. In Düsseldorf zahlt man für ein Pfund Fleisch 50 Pfg. bis eine Mark mehr als in Berlin. Das ist ein ungesunder Zustand. Die Gemeinden müssen den Fleischverkauf in die Hand nehmen und eigene Verkaufsstellen errichten.

In der weiteren Debatte kommen immer wieder die Gegensätze zum Ausdruck, die in der Behandlung unserer Viehbestände vorhanden sind. Während von den Vertretern der Landwirtschaft jeder Eingriff in die Viehbestände sowie die Preisherabsetzung bekämpft werden, macht man auf der anderen Seite geltend, daß im Interesse der Volksernährung unsere vegetabilischen Nährmittel gegen die Gefahr einer größeren Verfütterung geschützt werden müssen und die Preise für Vieh weit über das zulässige Maß hinausgegangen sind. — Man besprach sodann wieviel Unzuträglichkeiten aus den Stockungen in unserm Transport der Lebensmittel entstanden sind und forderte der Eisenbahnverwaltung gegenüber, daß sie diese Transporte mehr bevorzuge. Die Kartoffeln müßten gegenwärtig in geheizten Personenwagen befördert werden. Es dürfe nicht vorkommen, daß durch Behinderung der Zufuhr von Getreide und Mühlenfabrikate bei der jetzigen Knappheit der Lebensmittel der Versorgung neue Hindernisse bereitet werden. Gegenwärtig muß der Transport der Lebensmittel den Vorzug haben gegenüber sogar dem Personenverkehr.

Ein Vertreter der preußischen Eisenbahnverwaltung suchte die Schwierigkeiten darzulegen, die bei den gesteigerten Ansprüchen vorhanden sind und die nicht ganz behoben werden können. Man gewann den Eindruck, daß auch leider für die zukünftige Zeit noch mit Schwierigkeiten in der Beförderung zu rechnen ist.

Hauptausschuß des Reichstages.

In der Sitzung am Freitag setzte der Ausschuß zunächst die allgemeine Erörterung über die Steuervorlagen fort.

Abg. Stresemann (natl.) erklärte sich entschieden dagegen, daß der Zuschlag zur Kriegssteuer über den Vorschlag der Regierung, also über 20 Prozent, erhöht werde. Schon jetzt sei die Steuer für weite Kreise überaus belastend und führe zu argen Härten. Die Kohlensteuer habe allerdings für die Kriegszeit wenig Wert, jedoch für später eine sehr große Bedeutung. Aus dem letzten Grunde stelle die nationalliberale Partei ihre Bedenken, die sie gegen die Kohlensteuer habe, zurück, und werde für sie stimmen.

Der Staatssekretär im Reichsschatzamt erkennt an, daß infolge der Kursfeststellungen einige Härten bei der Besitzsteuer eingetreten seien. Dies treffe aber doch nur einige wenige Gesellschaften und die hinter ihnen stehenden Kreise, die sehr leistungsfähig seien. Nichtsdestoweniger soll versucht werden, im nächsten Gesetz die Härten zu vermeiden. Die Kohlensteuer trifft allerdings auch die Einzelstaaten in hohem Maße. Es müsse aber festgestellt werden, daß die Eisenbahnverwaltungen der Einzelstaaten einmütig den Plan der Kohlensteuer gebilligt hätten. Daß für die Gültigkeit der Kohlensteuer eine Frist ins Gesetz eingefügt werdn soll, dem könne die Reichsleitung dann zustimmen, wenn die Frist nicht zu kurz angesetzt werde, jedenfalls nicht so kurz, wie es der Deutsche Handelstag verlangt habe. Man müsse vielmehr die Befristung der Kohlensteuer in Zusammenhang bringen mit der gesamten Finanzreform nach dem Kriege sowie mit der gesamten Wirtschaftslage in dieser Zeit.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Kohlensteuer habe in dem Ausschuß von den verschiedenen Parteien eine solche Kritik erfahren, daß diese Steuer eigentlich gar nicht mehr in Betracht kommen dürfte. Unwiderleglich sei der Nachweis, daß die Kohlensteuer während der Kriegszeit kein Geld in die Reichskasse bringen werde, dagegen eine ungeheure Menge von berechtigtem Unwillen hervorrufen müßte. Deshalb sollten die Parteien für den Ersatz der Kohlensteuer sorgen. Die Sozialdemokraten haben in erster Linie vorgeschlagen, die Erhöhung des Zuschlages zu der Kriegssteuer. Der Redner weist eingehend auf Grund genauer Ausrechnungen nach, daß die Kriegssteuer auch dann sich durchaus in angemessenen Grenzen hält, wenn der Zuschlag sich auf 33⅓ % erhöht, wie es die Sozialdemokraten verlangen. Auch die Produktion werde durch eine solche Steuer durchaus nicht geschädigt. Außerdem könne in Betracht kommen die Maßnahme, die bereits bei der vorigen Beratung in der ersten Lesung angenommen, später allerdings wieder beseitigt worden sei, nämlich: daß den Aktiengesellschaften ein Wehrbeitrag auferlegt werde. Dazu müßte die Reichsvermögenssteuer kommen. Sollten die bürgerlichen Parteien sich zu diesem Schritt nicht entschließen können, so käme in Betracht der § 9 Abs. 2 des Kriegssteuergesetzes, nachdem eine Steuer zu zahlen ist von dem Vermögen, soweit es 90 vom Hundert des für den Beginn des Veranlagungszeitraums festgestellten Vermögens übersteigt. Diese Besteuerung sei allerdings in dem gegenwärtigen Gesetz ganz geringfügig, könne aber mit Leichtigkeit erhöht werden. Ferner seien alle Gründe, die gegen unseren Antrag einer besseren Erbschaftssteuer vorgebracht worden sind, durchaus nicht berechtigt. Auch die Reichseinkommensteuer müßte kommen. Wenn sie jetzt nicht durchgeführt werden könnte, dann bliebe noch immer der allerdings sehr unbefriedigende Ersatz, daß veredelte Matrikularbeiträge den einzelnen Bundesstaaten auferlegt werden. Unter keinen Umständen dürfte man aber zur indirekten Steuer greifen, weil die gerade in der jetzigen Zeit die ärmste Bevölkerung in unverantwortlicher Weise treffen würde. Nicht richtig sei es, daß für alle Arbeiter der Lohn gestiegen sei; weite Kreise der ärmeren Bevölkerung hätten kein größeres Einkommen und wären infolge der allgemeinen Teuerung in eine traurige Lage gekommen. Wo aber der Verdienst des Arbeiters gestiegen sei, da bleibe er doch in der Regel weit hinter der Teuerung zurück. In der gegenwärtigen Zeit müßten wir daher mit Besitzsteuern auskommen; das könnten wir auch. Für die Zeit nach dem Kriege würden weder Besitzsteuern allein genügen, noch Verbrauchssteuern allein, noch beide Steuerarten, sondern da müßte ganz besonders der Kapitalgewinn den Kapitalisten entzogen und der Gesamtheit zugeführt werden also das Gebiet der Staatbetriebe ganz bedeutend erweitert werden.

Abg. Noske (Soz.) wies eingehend nach, wie verderblich die Kohlensteuer auf die ärmere Bevölkerung einwirke und welche Erbitterung sie hervorrufen müßte. Auch sei es durchaus berechtigt, daß denjenigen Leuten eine viel größere Steuer auferlegt werde, die aus der Kriegszeit durch Lieferungen erhebliche Gewinne erzielen.

Abg. Brockhausen (Kons.): Seine Freunde werden gegen den Antrag stimmen, daß der Zuschlag der Kriegssteuer auf 33⅓ Prozent erhöht werde. Die Kohlensteuer würden seine Freunde annehmen, allerdings mit der Beschränkung, daß sie erst im Sommer eingeführt werde und etwa fünf Jahre nach dem Frieden wieder fallen muß.

Abg. Liesching (Vp.) trat besonders eifrig für die Kohlensteuer ein. Die armen Leute brauchten wenig Kohlen, dagegen würde die Erbschaftssteuer zu unberechtigten Härten führen.

Abg. Müller-Fulda (Ztr.) erklärt, daß seine Freunde für den von der Regierung vorgeschlagenen Zuschlag zur Erbschaftssteuer von 20 Prozent stimmen werden, da ihre Bedenken gegen diese Maßnahme durch die Erklärungen der Reichsleitung und der bürgerlichen Parteien beseitigt seien. Dagegen seien die Bedenken gegen die Kohlensteuer durch die Aussprüche in keiner Weise widerlegt worden. Auch Sachsen-Altenburg habe bereits vor mehreren Jahren eine Kohlensteuer eingeführt, die jetzt verdoppelt werde. Dieses Beispiel könnte Nachahmung finden auch bei anderen Bundesstaaten. Mithin würde die Kohle von zwei Seiten durch Steuern belastet. Das sei für die ärmere Bevölkerung überaus empfindlich. Vor solchen Maßnahmen müßte daher gerade in der jetzigen Zeit dringend gewarnt werden. Von Produktionsmonopolen verspreche er sich keinen Vorteil, da der Staat teurer arbeiten werde als Privatleute.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß Sachsen-Altenburg allerdings eine Abgabe auf Kohlen gelegt habe, jedoch sei sie sehr gering. Sie betrug 2,5 Pfg. für die Tonne. Seit dem 1. Januar 1917 ist sie auf 5 Pfg. erhöht worden.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

Hierauf wurde das Gesetz über die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegssteuer beraten. Der Antrag der Sozialdemokraten, den Zuwachs von 20 Prozent auf 33⅓ Prozent zu erhöhen, wurde abgelehnt. Zu § 1 hatte das Zentrum einen Antrag eingebracht, wonach der Zuschlag je nach der Zahl der Kinder auf Antrag ermäßigt werden soll, sofern der Vermögenszuwachs 100 000 Mark nicht übersteigt. Sind zwei Kinder unter 18 Jahren vorhanden, so soll der Zuschlag von 20 auf 15 Prozent ermäßigt werden, bei drei Kindern auf 10 Prozent, bei vier Kindern auf 5 Prozent und bei mehr als fünf Kindern soll der Zuschlag fortbleiben. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird dieser Vorschlag dahin geändert, daß die Herabsetzung des Zuschlages nur dann eintritt, wenn das Gesamtvermögen einschließlich des Vermögenszuwachses 100 000 Mark nicht überschreitet. — Ebenso wird ein Antrag der Deutschen Partei angenommen, wonach bei künftigen Steuervorlagen in geeigneten Fällen der Familien stand berücksichtigt werden soll.

Ab. Graf v. Westarp (kons.) beantragte, für die Erhebung des Zuschlages sind von den nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen 10 Prozent des für den Anfang des Veranlagungszeitraums festgestellten Vermögens abzuziehen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. — Dann wurde ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei angenommen, nach welchem die durch einen späteren Vermögensverlust verursachten Härten beseitigt werden.

Im § 2 ist die Abgabe für die Gesellschaften auf den Betrag begrenzt, der nach dem Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne zurückzulegen war, also auf 50 Prozent. Diese Bestimmung begünstigte gerade diejenigen Gesellschaften, die die größten Gewinne erzielt haben. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird diese Bestimmung gestrichen. Ferner wurde auf sozialdemokratischen Antrag in das Gesetz eingefügt die Bestimmung, daß die Erhebung eines Zuschlages zur Kriegssteuer durch die Bundesstaaten oder Gemeinden (Gemeindeverbände) unzulässig ist. — Abgelehnt wurde ein Antrag der Konservativen, dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Ausarbeitung des geplanten neuen Kriegssteuergesetzes auf Unterscheidung der Kriegsgewinne von dem sonstigen Vermögenszuwachs Bedacht zu nehmen und dabei die Freilassung des Vermögenszuwachses, soweit er dem durchschnittlichen Zuwachs der Vermögen in Friedenszeit entspricht, zu erwägen. — Eine solche Unterscheidung könnte nur zu dem Ziel führen, die Besteuerung erheblich herabzusetzen. Ein Versuch nach dieser Richtung hin ist bereits bei der Beratung des jetzt geltenden Kriegssteuergesetzes gemacht worden, aber gescheitert.

Damit ist die erste Beratung dieses Gesetzes erledigt.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

114. Fortsetzung.

„Ich weiß es nicht, ich habe noch keinen Entschluß fassen können, ob ich das Geld nehmen soll oder nicht," fuhr er gedankenvoll fort, plötzlich aber kam er zum Bewußtsein und lächelte schnell und kurz: „Ha, welch eine Torheit habe ich soeben begangen."

Sonja tauchte ein Zweifel auf, ob er nicht wahnsinnig sein könne? Doch kam sie schnell wieder davon ab, „nein, hier handelte es sich um anderes". Aber sie begriff nichts von allem.

„Weißt du, Sonja, hub er seufzend an, „weißt du, was ich dir sagen muß? Hätte ich mich allein deswegen zu der Tat verstanden, weil ich hungrig gewesen", er betonte jedes seiner Worte und schaute sie mit rätselhaftem aber offenem Blick an, „dann würde ich sagen, „ich sei glücklich!" Verstehst du dies?"

„Aber was liegt dir daran", rief er nach einem Augenblick in Verzweiflung, „was liegt dir daran, wenn ich auch in dieser Minute eingestehen wollte, daß ich lediglich aus Schlechtigkeit gehandelt hätte! Was liegt dir an diesem törichten Triumph über mich? Ach, Sonja, weshalb bin ich jetzt zu dir gekommen?"

Sie wollte antworten, brachte aber nichts hervor.

„Ich forderte dich gestern auf, mit mir zu gehen, da du allein nur mir geblieben bist."

„Wohin zu gehen?" fragte Sonja schüchtern.

„Nicht zu stehlen und zu morden, hab' keine Angst, nicht dazu", lächelte er ironisch, „wir sind verschiedene Naturen. — Und weißt du, Sonja, erst jetzt verstehe ich selbst, wohin ich dich gestern mit mir nehmen wollte! Gestern, als ich dich aufforderte, wußte ich selbst noch nicht, wohin! Ich tat es, daß du nur mit mir kommen solltest. Verlaß mich nicht! Du bleibst bei mir, nicht wahr, Sonja?"

Sie drückte ihm die Hand.

„O, weshalb habe ich es ihr gesagt, es ihr eröffnet," rief er nach einer Weile in Verzweiflung, in heller Angst auf sie niederschauend. „Du erwartest natürlich Aufklärungen von mir, Sonja, du sitzest und wartest, ich sehe es; aber was soll ich dir sagen? Du würdest nichts davon verstehen, dich nur dabei vom Mitleid überwältigt fühlen — zu mir! Du weintest und würdest mich wiederum umarmen — nun, weshalb umarmst du mich überhaupt? Etwa deshalb, weil ich allein es nicht zu ertragen vermochte und gekommen bin, einem andern noch zuzuschieben: Leide auch du, mir wird leichter dann? Kannst du solch einen Niedrigen lieben?"

„Bist du nicht auch gefoltert genug?" rief Sonja.

Wiederum kam jene Gefühlswelle in seine Seele und stimmte ihr weich.

„Sonja, ich habe ein schlechtes Herz, du mußt dies im Auge behalten, denn damit läßt sich vieles erklären. Eben daher bin ich gekommen, weil ich schlecht bin; es gibt auch Menschen, die nicht gekommen wären! Aber ich bin feig und — niedrig! Doch, laß sein. Alles das ist ja nicht — Ich muß jetzt reden, aber ich weiß nicht, wie ich anfangen soll."

Er hielt inne und überlegte.

„Ja, wir beiden Menschen sind so verschieden!" rief er abermals, „wir sind kein Paar! Aber weshalb, weshalb bin ich denn gekommen? Ich werde mir dies niemals verzeihen können!"

„Nein, nein, es war ganz gut, daß du kamst!" rief Sonja aus. „Es war besser, daß ich alles erfuhr! Bei weitem besser!"

Er blickte sie schmerzlich an.

„Um was es sich in der Tat handelte," sagte er wie selbstverloren, „nun, darum: Ich wollte Napoleon werden; deshalb habe ich getötet. Ist dir nun alles klar?"

„Nein, flüsterte Sonja, naiv und schüchtern, „aber sprich doch, sprich! Ich werde schon verstehen, ich verstehe in mir alles!" fügte sie hinzu.

„Du wirst es verstehen? Nun gut, wir werden ja sehen!"

Er schwieg und sann lange nach.

„Die Sache liegt folgendermaßen: Ich stellte mir einst die Frage: Was würde geschehen, wenn beispielsweise an meiner Stelle Napoleon gelebt, und dieser nicht eine solche Laufbahn gehabt hätte, kein Toulon, kein Aegypten, keinen Uebergang über den Mont-Blanc, sondern an Stelle von all' diesen herrlichen und denkwürdigen Taten einfach nur ein [illegible]s unscheinbares Weib, eine Registratorswitwe, die er noch [illegible] töten müssen, um Geld aus ihrem Kasten nehmen zu können — [illegible]ür seine Laufbahn, verstehst du? — Nun also, würde er sich entschlossen haben dazu, wenn ihm kein anderer Ausweg offen gestanden hätte? Würde er sich nicht gesträubt haben davor, da dies allzu wenig denkwürdig und — und doch auch sündhaft wäre? Nun, ich sage dir, daß ich mich mit dieser Frage schon unendlich lange gequält habe, sodaß es mir unsagbar beschämend erschien, als ich endlich erriet, — ganz unvermutet — daß er sich nicht nur nicht gesträubt haben würde, daß es ihm nicht einmal in den Kopf gekommen sein würde, dies sei nicht der Verewigung würdig — er hätte es wohl gar nicht begriffen, warum es da ein Sträuben gebe! Hätte er keinen anderen Weg gehabt, so würde er sie selbst erwürgt haben, ohne daß sie noch einmal hätte mucken dürfen; ohne Besinnen. Nun, auch ich — habe dieses Besinnen aufgegeben, ich habe erwürgt nach dem Beispiel dieses Großen. Es war eben ganz genau so gehandelt! Erscheint dir dies lächerlich? Ja Sonja, das Lächerliche dabei ist, daß sich die Sache so verhält."

Sonja war nicht eben lächerlich zu Mut.

„Sprecht doch lieber gerade und offen zu mir, ohne Beispiele", bat sie schüchtern und kaum vernehmbar.

Er wandte sich zu ihr, blickte sie trübe an und ergriff ihre Hand.

„Du hast wiederum recht, Sonja. Das ist alles überflüssig, es ist nur leeres Geschwätz. Aber hab: Du weißt vielleicht, daß meine Mutter fast blutarm ist. Meine Schwester hat eine Erziehung erhalten, infolge günstiger Umstände, und ist genötigt worden, eine Stellung als Gouvernante anzunehmen. All' ihre Hoffnung hatten beide auf mich gesetzt. Ich studierte, konnte mich aber nicht an der Universität halten, und war gezwungen, diese für einige Zeit zu verlassen. Sollte sich dies auch in die Länge ziehen, selbst zehn oder zwölf Jahre, bis ich in bessere Verhältnisse käme, so konnte ich doch hoffen, dann immer noch Lehrer oder Beamter zu werden, mit tausend Rubel Gehalt", er sprach dies, als wäre es eingelernt, „aber bis dahin wäre mir die Mutter vor Gram und Sorge gestorben, und ich hätte sie nicht einmal zu trösten vermocht; die Schwester aber, nun, mit dieser hätte es noch übler kommen können! — Was ist es für eine Lebensfreude, wenn man Zeit seines Daseins von allem fern bleiben muß, sich von allem abwenden, die Mutter vergessen, und der Schwester Zurücksetzung ruhig mit tragen soll? Wozu sollte man dies auch? Nun, nur um sie zur ewigen Ruhe zu bringen, und andere zu haben — Weib und Kinder und diese ohne einen Groschen Geld, ohne Brot zu lassen. So hatte ich mich denn entschlossen, mich des Geldes der Alten zu bemächtigen, dieses für die ersten Jahre zu verwenden, ohne meine Mutter quälen zu müssen, zur Sicherstellung meiner selbst auf der Universität, den ersten Schritt nach ihrem Verlassen — und ich habe dies breit und radikal ausgeführt, sodaß ich auf einen ganz neuen Weg komme und mir eine neue, unabhängige Bahn begründe. Nun, das ist alles. Freilich habe ich die Alte getötet und ich habe damit schlecht gehandelt — nun, genug davon.—"

Er war fast entkräftet bis zum Ende seiner Erzählung gekommen und senkte nun den Kopf.

„O, so kann es nicht sein, so nicht", rief Sonja voll Schmerz, „wäre es wirklich möglich; nein, so ist es nicht!"

„Du wirst selbst sehen, daß es nicht so ist; aber ich habe eben aufrichtig erzählt; du hattest ja recht!"

„Inwiefern recht? O Gott!"

„Nun, ich habe nur ein Ungeziefer getötet, Sonja, ein unnützes, häßliches und bösartiges."

„Ein Mensch ist also ein Ungeziefer."

„Ich weiß wohl, daß dem nicht so ist," antwortete Raskolnikow, sie eigenartig anschauend, „übrigens, Sonja, lüge ich", fügte er hinzu, „ich habe schon lange gelogen — es verhält sich alles durchaus nicht so, du hast ganz recht gehabt. Ich hatte ganz andere Bewegründe zu der Tat. Ich habe lange mit keinem Menschen gesprochen, Sonja, mich schmerzt mein Kopf jetzt."

Seine Augen lohten fieberhaft, er schien fast zu phantasieren, und ein unstätes Lächeln irrte um seinen Mund. Aus dem offenen Innern seiner Seele schaute die furchtbarste Erschöpfung Sonja ahnte, wie er litt. Auch ihr Kopf begann zu wirbeln. Er hatte so seltsam gesprochen, als müsse alles so begreiflich sein, und doch — o gewiß, gewiß — Gott im Himmel! sie rang die Hände in Verzweiflung.

(Fortsetzung folgt.)

Ernährungsfragen.

Für den Anbauzwang.

Die „Köln. Ztg." fordert in einer Besprechung der Vorgänge im Abgeordnetenhause den preußischen Landwirtschaftsminister auf, nachträglich noch Verordnungen zu erlassen, auf Grund deren ein Regierungspräsident für seinen Bezirk den Anbauzwang von Kartoffeln anordnen kann, wie es der Regierungspräsident von Trier für seinen Bezirk bereits getan hat. In den letzten Tagen ist, wie das Blatt erfährt, eine so starke Nachfrage nach Kohlrübensamen gewesen, daß die Befürchtung, der Kartoffelanbau werde ohne Zwang noch weiter vernachlässigt werden, fast zur Gewißheit geworden ist.

„Kriegs-Speisekarten".

In der Zeitschrift „Küche und Keller" lesen wir folgende lehrreiche Fragen und Antworten:

Frage: Dürfte ich wohl um die Liebenswürdigkeit bitten, mir nachstehendes Essen zu bewerten: G. G. in Str.

Krebssuppe — Getrüffelte Gänseleberpastete
Pökelzunge mit verschiedenen Gemüsen
Putenbraten, eingelegte Früchte
Prinz-Pückler-Bombe — Käseplatte.

Antwort: Das Gedeck kostet etwa 14 Mark.

Frage: Würden Sie die Freundlichkeit haben und mir nachstehendes Essen bewerten .... Für Kalbsrücken habe ich 2,80 Mk. pro Pfund bezahlt, Ente 4 Mk. pro Pfund. Torten habe ich gekauft drei Stück zu 8 Mk. A. A., Magdeburg.

Kaisers Geburtstag
im Kriegsjahr, 27. Januar 1917.
(30 Personen.)
Schildkrötensuppe
Kalbsbraten, umlegt mit Stangenspargel, Kaiserschoten
geb. Kartoffeln, Bearner Soße
Junge Ente mit Salat (Endivie und Sellerie)
Eingemachtes (beste Kirschen und Birnen)
Torten — Butter und Käse
(Camembert, Holländer, Schweizer, Deutscher)
Mokka.

Antwort: Wir rechnen pro Gedeck etwa 10 Mk., wobei wir von der Tatsache ausgehen, daß in derartigen Kasinos unter dem Zwang der Verhältnisse stets mit geringem Nutzen gearbeitet werden muß. Wir nehmen an, daß Sie wenigstens 20 Pfund Kalbsrücken verbraucht haben, je nachdem zwei- oder dreimal angerichtet wurde; es kommen also allein fast 2 Mark für den rohen Kalbsrücken eines jeden Gastes in Frage. Mit Zubereitung, Soße und Gemüsebeilagen dürfte dieser Gang mit etwa 4 Mk. pro Kopf zu verrechnen sein. Für Ente mit Salat und Früchten sind 3 Mk. für das Gedeck anzusetzen. Sie müssen also sparsam wirtschaften, wenn Sie aus den restlichen 3 Mk. die Kosten der übrigen Gänge bestreiten wollen.

Die innere Lage Rußlands.

Von unserem russischen Mitarbeiter.

Am 27. Februar nahm die russische Duma ihre Sitzungen wieder auf. Wie wir aus Zeitungsberichten erfahren, sollen die Sitzungen vorderhand einen ruhigen Verlauf genommen haben. Der Landwirtschaftsminister Rittich besprach die landwirtschaftliche Krise und verbreitete sich insbesondere über alle jene Maßnahmen, die dazu dienen sollen, Abhilfe zu schaffen. Die wichtigste dieser Maßnahmen ist die den Provinzen auferlegte Verpflichtung, bestimmte Mengen Getreide zu liefern, um den Bedarf von Heer und Bevölkerung zu decken. Wir erfahren ferner, daß der fortschrittliche Block die Forderung stellte, die Regierung solle sich reorganisieren, um der durch den Krieg geschaffenen schwierigen Situation Herr werden zu können.

So sieht es an der Oberfläche des russischen gesellschaftlichen Lebens aus. Leichte Kräuselungen, die den Blick des oberflächlichen Beobachters über die innere Brandung hinwegtäuschen. Die Sitzungen der Duma zeigen uns diesmal ein vom üblichen Laufe der innerpolitischen Dinge in Rußland verändertes Bild. Gewöhnlich besteht zwischen den Sitzungen der Duma und der innerpolitischen Situation im Lande ein gewisser Parallelismus.

Diesmal war es anders. Die Spannung im Lande erreichte einen außerordentlich hohen Grad der Intensität, und die Verhandlungen der Duma erfahren diesmal nicht die übliche Rückwirkung — ein sicheres Zeichen dafür, daß die Duma bereits aufgehört hat, die wirklichen Volksinteressen zu vertreten.

Man wende zunächst den Erklärungen des Landwirtschaftsministers etwas schärfere Aufmerksamkeit zu. Die Regierung habe alle Maßnahmen zur Abwendung der Lebensmittelkrise ausgearbeitet. So sollen die Provinzen dazu angehalten werden, gewisse Getreidemengen zu liefern. Nun haben aber landwirtschaftliche Ausschüsse aus den verschiedenen Gouvernements wiederholt erklärt, daß die Herstellungskosten unter den gegenwärtigen Umständen die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise bereits übersteigen. Danach sei die Requirierung des Getreides ein vollständig verfehltes Beginnen, und zur Bekräftigung ihrer Behauptung berufen sich diese Landwirte auf die vielfach beobachtete Erscheinung, daß viele Kleinbauern, wie auch mittlere Grundbesitzer es vorzögen, in die Stadt zu ziehen, um dort irgend welche Beschäftigung [illegible], als ihr Grundstück zu behalten — angesichts des Umstandes, daß sie bei dieser Bebauung Gefahr liefen, mit leeren Händen auszugehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß derartige Behauptungen stark übertrieben sind. Die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise sind noch immer hoch genug, um das Bebauen des Landes zu einem sehr [illegible] Geschäfte zu machen. Aber die Stimmung des russischen Landvolkes, des kleinen wie des großen Bauern, ist nun einmal so. Angesichts der enormen Gewinne der Kriegsindustrien, die die Gier der [illegible] Bevölkerung immer wieder von neuem entfachen, weigert sich diese hartnäckig, sich den Höchstpreisen zu fügen, verkauft ihre Vorräte in allen möglichen Schlupfwinkeln, und treibt einen schwunghaften Geheimhandel, dem die Behörden kaum imstande sind, auf die Spur zu kommen. Wenn also der Landwirtschaftsminister es mit seinen Maßnahmen ernst meint, so müßte er diese von einem [illegible] Requirierungsgesetze begleiten lassen. Schon [illegible], daß bei der in Rußland herrschenden Unordnung [illegible] je imstande wäre, die so sorgfältig verstecken Vorräte aufzuspüren, würde sich der Minister [illegible], ein derartiges Gesetz zu beantragen, denn dies würde einen offenen Bruch mit den so mächtigen russischen Landbesitzern bedeuten, die in den leitenden Kreisen das letzte Wort zu sagen haben. Aber man wagte sich ebensowenig an Änderungen der [illegible], die die Massen der städtischen Bevölkerung [illegible] ins tiefste Elend getrieben haben.

[illegible] aus der Mitte des fortschrittlichen Blockes an die Regierung, sich zwecks Beherrschung der durch den Krieg geschaffenen Lage zu reorganisieren. Nicht zum ersten Male hören wir solche Aufforderung — wir haben sie schon mehrmals auch vor dem Ausbruch dieses Krieges zu hören bekommen. Aber heute klingen sie anders, denn die damaligen Aufforderungen der liberalen Partei entsprachen anderen Forderungen derselben, und gingen aus einem ganz anders gearteten politischen Programm hervor. Das Programm der liberalen Opposition war damals nicht nur enger, sondern ganz und immer [illegible] der Kommentatoren der Regierung behauptete für die

WTB 3814
Die Kämpfe um den Pierre Vaast-Wald und Bouchavesnes

Unsere Karte gibt eine Geländeübersicht über die Kämpfe um den St. Pierre-Vaast-Wald und Bouchavesnes, also Kämpfe, welche sich unmittelbar an der Verteidigungslinie Peronne-Bapaume abspielen. Zum Verständnis der Karte sei bemerkt, daß sich der Ort Le Transloy am oberen Rande der Karte, in unserem Besitz befindet, desgleichen der Ort Saillisel, während der größere Ort Sailly-Saillisel in den Händen der Engländer ist. Der Pierre-Vaast-Wald ist in unsern Händen, während der Ort Rancourt dagegen in den Händen der Engländer ist. Bouchavesnes besitzen die Engländer, während unsere Stellung unmittelbar östlich des Ortes auf dem Höhenrücken entlang läuft und südlich Bouchavesnes auf Clery zuführt. Hier überschreitet unsere Linie die Maas und geht dann über Biaches und La Maisonette nach Südwesten. Unsere Skizze läßt das wellige, vielfach mit Wald bestandene Gelände deutlich erkennen und gibt so ein anschauliches Bild der Gegend, um die jetzt so schwer gestritten wird.

nicht einen Sieg über diesen oder jenen politischen Gegner von auswärts, sondern vor allem einen solchen über die eigene Unzulänglichkeit, und wenn sie von den Interessen des Volkes sprachen, so mochte sie darüber in ihrem Klassenbewußtsein denken, was sie wollte, aber in ihrem politischen Programm wenigstens spielten diese Interessen nicht die Rolle des Handlangers, der ihr zur äußeren Macht verhelfen sollte. Jetzt heißt es aber, die Regierungsgewalt reorganisieren, um die Einflußsphäre der bürgerlichen Interessen zu erweitern. Darin aber liegt der springende Punkt, der im scharfen Gegensatz zu früheren Zeiten die liberale Opposition der Gegenwart von den Erwartungen und Zielen der breiteren Bevölkerungsschichten in entscheidender Weise trennt. Unmöglich kann beispielsweise diesen breiteren Bevölkerungsschichten an der Eroberung der Dardanellen so viel liegen, wie der liberal-bürgerlichen Opposition, die es noch gegenwärtig liebt, als Wortführerin der Masse aufzutreten. Die Kluft zwischen kapitalistischem Bürgertum und werktätigem Volk ist diesmal in Rußland bei weitem tiefer als in irgend einem anderen europäischen Lande. Denn während das russische Bürgertum nach westeuropäischem Muster in imperialistischen Plänen schwelgt, hat die breite Masse der russischen Bevölkerung harte Kämpfe um die elementarsten Rechte auszukämpfen. Wenn man früher sagen konnte, daß die Ziele und Bestrebungen der russischen Bourgeoisie sich mit denen der arbeitenden Bevölkerung nicht decken, so gehen sie jetzt vollständig auseinander ohne irgend welche wesentlichen Berührungspunkte. Der Krieg hat das russische Volk in einem Zustande überrascht, als die wirtschaftlichen und staatlichen Beziehungspunkte zwischen den bürgerlichen Klassen und den breiten Volksmassen nicht genügend konsolidiert waren, um einen gemeinsamen Boden für die beiderlei Interessen-Komplexe zu schaffen. Während also die russische Bourgeoisie mit der Fortdauer des Krieges eine jähe Schwenkung in der Richtung eines westeuropäischen Imperialismus machte, kann ihr die breite Volksmasse Rußlands darin nicht folgen, da ihre Lebensinteressen irgendwo anders liegen, nicht auf dem Gebiete äußerer Eroberungen, sondern auf dem inneren Errungenschaften. Dieses Auseinandergehen der gesellschaftlichen Grundtendenzen und Forderungen bereitet allmählich den vollständigen Bruch der russischen Demokratie mit dem [illegible] Bürgertum vor.

Aus der Partei.

„Jeder trage seine Last." Genosse Scheidemann schreibt dem „Vorwärts":

„Ich bin während der ganzen Kriegszeit für einen Frieden der Verständigung eingetreten; infolgedessen habe ich niemals eine Forderung aufgestellt, von der ich überzeugt sein mußte, daß sie die Verständigung erschweren und den Krieg verlängern könnte. Entsprechend den Beschlüssen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses habe ich unter Ablehnung aller Eroberungs- und Vergewaltigungsforderungen, wie sie von Privaten und Verbänden erhoben worden sind, verlangt: die territoriale Unversehrtheit des Reiches, seine politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit. Seit längerer Zeit wird neben anderen unwahren Behauptungen auch diese aufgestellt: ich hätte irgendwo irgendwann gesagt, daß alles bleiben müsse, wie es war und „jedes Land trage seine eigene Last." Ich habe es mir abgewöhnt, jede über mich verbreitete Unwahrheit richtigzustellen. Nachdem aber kürzlich mein Freund Meerfeld festgestellt hat, daß ich jenen Ausspruch niemals getan habe, will ich ausdrücklich bestätigen, daß er vollkommen recht hat. Nun zweifle ich nicht daran, daß jetzt behauptet werden wird, ich trete für eine Kriegsentschädigung ein. Dem will ich sofort folgendes antworten: Wenn die Vertreter Deutschlands von der Verständigungskonferenz heimkommen und bringen uns eine Kriegsentschädigung mit, werde ich nicht die Forderung stellen, den Krieg fortzusetzen, bis die Situation derart ist, daß wir keine Kriegsentschädigung bekommen, vielleicht sogar noch eine solche zahlen müßten."

Die „Vorwärts"-Redakteure mit ihrer Klage abgewiesen. Im November 1916 war durch den Leiter des „Vorwärts"-Verlags, Genossen Richard Fischer, aus den bekannten Gründen die Entlassung der „Vorwärts"-Redakteure erfolgt. Die von den Entlassung betroffenen Redakteure Däumig, Kohn, Leid, Stadthagen, Ströbel und Wielepp erhoben dagegen Klage. Sie verlangten, daß die Entlassung für rechtsunwirksam erklärt werde, daß das Gehalt weiter zu zahlen und jede Störung der Tätigkeit der Redakteure zu unterlassen sei. Insbesondere wurde gefordert, daß die von den Beklagten eingesetzten neuen Redakteure keinen Einfluß auf den „Vorwärts" haben sollten. Die Klage richtete sich außer gegen den Verleger Fischer auch gegen den Parteivorstand. Von den Mitgliedern des Parteivorstandes anerkannten zwei, nämlich Wengels und Zietz, den Klageanspruch in vollem Umfange. Am 14. Februar stand vor der Zivilkammer 1 des Berliner Landgerichts die Verhandlung an, die mit dem Gerichtsbeschluß endete: einen Termin zur Verkündung eines Beweisbeschlusses oder einer Entscheidung in etwa 4 Wochen anzuberaumen. Der neue Gerichtstermin hat nunmehr am 10. März stattgefunden mit dem Ergebnis, daß die Kläger mit ihren Forderungen abgewiesen worden sind.

Die Entente-Sozialistenkonferenz gescheitert. Havas meldet: Die Verwaltungskommission der sozialistischen Partei, die für den 15. März die Abhaltung einer Konferenz der sozialistischen Vertreter der Alliierten in Paris geplant hatte, beschloß nunmehr, diese zu vertagen. Die Vertagung soll durch die Weigerung der englischen Labour-Party, an der Konferenz teilzunehmen, hervorgerufen sein.

Abschiebung kanadischer Flüchtlinge aus den Vereinigten Staaten.

IK. Watertown (Neuyork), 14. Januar. Die Organisation der hiesigen sozialistischen Partei hat beim Staatssekretär Lansing Einspruch erhoben gegen zwangsweise Ausweisung kanadischer Arbeiter, die über die Grenze nach den Vereinigten Staaten flohen, um dem Militärdienst zu entgehen.

Drei kanadische Sozialisten, denen die Abschiebung bevorstand, appellierten an die sozialistische Partei um Hilfe. Die hiesigen Sozialisten sammelten Material und man wird allen Versuchen der Behörden, Kanadier am Betreten von amerikanischem Boden zu verhindern, energisch zu Leibe rücken.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1916. Zu den wenigen Gewerkschaften, die finanziell gestärkt über den Krieg hinwegkommen, wenn nicht ganz außerordentliche Rückschläge, die so gut wie unwahrscheinlich sind, eintreten, gehört der Bergarbeiterverband. Das Verbandsvermögen belief sich am Ende des Geschäftsjahres auf 4 006 585 Mark und war damit um 442 143 Mark höher als ein Jahr vorher. Damit ist das Vermögen wieder weit über den Stand hinausgewachsen, den es vor dem letzten großen Massenstreik 1912 hatte. Von den Verbandsmitgliedern sind an 50 000 zum Heeresdienst eingezogen, über 3000 gefallen. Die Bergbauindustrie hat zu Kriegsanfang teilweise unter Arbeitslosigkeit gelitten; alsbald trat wachsender Arbeitermangel ein. Infolgedessen hatte der Bergarbeiterverband nur verhältnismäßig wenig Arbeitslosenunterstützung zu leisten. Dafür zahlte er aber rund eine Million Extraunterstützung aus der Zentralkasse an die Familien seiner im Felde stehenden Mitglieder, wozu noch ganz erhebliche Unterstützungssummen aus den Lokalkassen kommen. Obgleich im verflossenen Jahre abermals viele Tausende Mitglieder zum Heeresdienst einberufen wurden, erhöhte sich doch die Verbandseinnahme an Mitgliederbeiträgen um 46 124 auf 1 031 442 Mark. Da die einberufenen Mitglieder überwiegend in der höchsten Beitragsklasse bezahlten, bedeutet die Zunahme der Beitragseinnahmen mehr als die bloße Ziffer besagt. Nach den Abrechnungen sind 7600 Mark an Eintrittsgeldern vereinnahmt worden. Das entspricht einer Aufnahme von 15 200 neuen Mitgliedern, die zwar großenteils wieder durch Abgang zum Militär wettgemacht wurden, aber die Tatsache einer so starken Mitgliederaufnahme während des Krieges beweist doch, daß der Bergarbeiterverband sich eines großen Vertrauens unter den Bergarbeitern erfreut. Seine Zeitung bemerkt dazu, daß der Verband „auch in diesem Jahre weiter nach vorwärts marschiert. Treten nicht ganz besonders schlimme Ereignisse ein, so ist zu erwarten, daß unser Verband den Krieg gut übersteht und nach Friedensschluß ... ein Organisationsheer aufmarschieren lassen kann, mit dem unsere Gegner zu rechnen haben werden."

Aus Nah und Fern.

Sieben Personen durch Gas vergiftet. Freitag abend sind in der Schwedterstraße Nr. 79 in Berlin fünf Personen ums Leben gekommen und zwar die vier Kinder des Arbeiterehepaares Wehring und eine Frau, die die Eltern während eines Ausganges — der Mann war aus dem Felde auf Urlaub gekommen — zur Wartung der Kinder bestellt hatten. Wahrscheinlich handelt es sich um Gasvergiftung; zwei der Kinder waren noch nicht schulpflichtig. — In der Erlauerstraße wurden der eben aus dem Felde auf Urlaub eingetroffene Ehemann Kutzner und dessen Frau tot aufgefunden. Letztere lag in der Küche, der Mann im angrenzenden Badezimmer in der Wanne. Ein Schlauch der Gasleitung war getrennt und dadurch das todbringende Gas ausgeströmt.

Eine Rabenmutter. Die Ehefrau Berta Siewart in St. Blasien hatte ihren neunjährigen Sohn, der an Bettnässen litt, im Januar und Februar im durchnäßten und dann gefrorenen Bett schlafen lassen. Infolgedessen erfroren dem Kinde beide Beine. Die unnatürliche Mutter wurde deshalb jetzt von der Strafkammer wegen schwerer Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

85 Zentner Getreide verheimlicht. Bei der in Allersreuth in Thüringen vorgenommenen Nachprüfung von Getreide, Mehl und so weiter wurden bei dem Gutsbesitzer Wickel 23 Zentner Hafer, 12 Zentner Gerste und 15 Zentner Roggen versteckt vorgefunden, die er verschwiegen hatte. Ferner wurde er beim Ausdreschen von Korn betroffen, obwohl er vorher versichert hatte, es sei alles ausgedroschen. Außerdem hatte er noch weitere 22 Zentner Hafer, 13 Zentner Gerste und 385 Pfund Mehl zu wenig angegeben.

Alkoholverbot in Dänemark. Vom 1. März ab ist in Dänemark jeglicher Verkauf und Ausschank alkoholischer Getränke mit Ausnahme von Wein und Bier einstweilig verboten und eine Bestandaufnahme dieser Waren angeordnet worden. Die weiteren Verfügungen werden von dem Ergebnis der Bestandaufnahme abhängen. Auch in Schweden dürften binnen kurzem ähnliche Maßnahmen zur Einschränkung des Alkoholverbrauchs getroffen werden. Der zuständige Reichstagausschuß hat bereits einer diesbezüglichen Gesetzvorlage zugestimmt.

Ein englischer Transportdampfer im Kanal gesunken. Reuter meldet aus Kapstadt: General Botha gab im südafrikanischen Parlament bekannt, daß der Transportdampfer „Mendi", der die letzte Gruppe südafrikanischer Arbeiter nach Frankreich brachte, auf der Fahrt von England nach Havre am 21. Februar im Nebel mit einem anderen Schiff zusammengestoßen und nach 25 Minuten gesunken sei. Zehn Europäer und 615 Eingeborene seien umgekommen, 12 Europäer und 191 Eingeborene gerettet worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.